

Heft 170

Ausgabe 2 | 2009
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro



spw



Interview mit Sebastian Dullien
Ganz klar sehen wir eine Krise
des ökonomischen Denkens

Linke Hegemonie? Die Krise des Neoliberalismus nutzen

Michael Vester
Chancen eines neuen
„New Deal“: Perspektiven
eines wirtschaftlichen und
sozialstrukturellen Umbaus

Cordula Drautz
Globale Gegenhegemonie
oder: Warum wir jetzt tun
müssen, was wir wissen



Kurzum | von Felix Welti

» „Dafür bin ich kein Experte.“ Immer mehr Ortsvereinsvorsitzende, Abgeordnete, Lehrende oder Schreibende haben keine Meinung mehr über Gesundheitsfonds, Rentenformel, Föderalismusreform, Umbau der Automobilindustrie oder Krieg und Frieden. Sie verweisen auf die Experten: Fachsprecher, Räte, Institutschefs. Auch das private Leben wird ihnen überlassen. Kann man ohne „Fachlichkeit“ noch Kinder erziehen oder Schulden tilgen? Wie man aus Geld mehr Geld macht, wissen Anlageberater und Fondsmanager, ob man Menschen töten darf, weiß der Ethikrat. Zunächst scheint der Verweis auf Experten noch sympathische Bescheidenheit, Einsicht in die Notwendigkeit der Arbeitsteilung. Doch wenn die Teile eines scheinbar fachlich geführten Staates oder Lebens kein Ganzes mehr ergeben, wenn die Teilsysteme der Gesellschaft immer weniger durch Politik und Recht integriert werden, kann mehr Spezialisierung zu weniger Rationalität führen.

» Schon Karl Marx erkannte, dass in der Arbeitsteilung nicht nur enorme Potenziale liegen, sondern dass die Ausbildung des Fachwesens und die Parzellierung des Menschen auch eine Nation von Heloten schaffen können (MEW, 23, 375). „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“ sagte Immanuel Kant. Dass die Ursachen der Unmündigkeit vor allem Faulheit und Feigheit seien, wie Kant weiter ausführt, ist mit guten Gründen zu bestreiten. Doch demokratischer Sozialismus ist nicht die Herrschaft der besser meinenden Fachleute, sondern will, dass Menschen mehr Herrschaft über und Verantwortung für ihr Leben und ihre Gesellschaft haben.



☞ Dr. Felix Welti ist Professor für Sozialrecht und Verwaltungsrecht an der Hochschule Neubrandenburg und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

» Wo sind die Experten, die kapitalgedeckte Altersvorsorge als überlegen propagiert haben? Wo sind Rürup und Hartz heute? Gibt Gott dem Verstand, den der Parteivorstand beruft, den Bertelsmann bezahlt, den Anne Will einlädt? Aufsichtsratsmitglieder, Abgeordnete, selbst Minister, die es wagten, Fragen an die Experten zu stellen, wurden als Störer behandelt. Wer verstehen statt glauben wollte, störte die Kreise der scheinbar Wissenden. Die Sozialdemokratie muss in ihrer ganzen Breite die selbst verschuldete Unmündigkeit hinter sich lassen, will sie erreichen, dass auch die Bevölkerung wieder Interesse an ihren Interessen bekommt.

Kurzum: Wer die soziale Demokratie will, kann die wichtigen Fragen des Lebens und der Gesellschaft nicht den Experten überlassen. Sie müssen – zumal im Jahr einer Bundestagswahl – dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden. Aufgabe politischer Kräfte ist es nicht, der Komplexität auszuweichen, sondern sie auf die Kernfragen zu reduzieren. Gesundheitsfonds, Rentenformel, ökologischer Umbau, Krieg und Frieden dürfen 2009 keine Expertenfragen bleiben. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
 Michael R. Krätke (Lancaster)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Lärcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Haller/S.)
 René Röspel (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böning
 Cordula Drautz
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohrausch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Dorothea Steffen
 Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
 Stefan Stache

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon 0231-2 02 00 11
 Telefax 0231-2 02 00 24
 spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Müllerstraße 163, 13353 Berlin
 Telefon 030-4 69 22 35
 Telefax 030-4 69 22 37
 redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
 Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit
 sieben Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
 Anschriftänderung ist
 dem Verlag mitzuteilen.
 ISSN 0170-4611 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2009.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

www.istockphoto.com; © Skip O'Donnell

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, April 2009

■ Meinung

- Perspektiven der SPD für die Bundestagswahl | Ralf Stegner 4
 Das deutsch-syrische Rückübernahmeabkommen:
 Kollaboration mit einem menschenrechtsverletzenden Regime
 | Bernd Mesovic 5
 Kein Staatsausverkauf durch
 Öffentlich-Private Partnerschaften | Mechthild Rawert 6
 Für einen Krisen-Soli | Florian Pronold 7
 Ganz klar sehen wir eine Krise des ökonomischen Denkens
 | Interview mit Sebastian Dullien 8

■ ■ Im Fokus: Linke Hegemonie? Die Krise des Neoliberalismus nutzen

- Einleitung zum Schwerpunkt | Cordula Drautz, Thilo Scholle 10
 Chancen eines neuen „New Deal“: Perspektiven eines
 wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Umbaus | Michael Vester 15
 SPD 2009 – Bereit für den neuen Fortschritt? | Reinhold Rönker 26
 Globale Gegenhegemonie oder:
 Warum wir jetzt tun müssen, was wir wissen | Cordula Drautz 30
 „Was wären ideologische und gesellschaftliche
 Rahmenbedingungen für eine linke Reformkoalition?“
 | Interview mit Benjamin Mikfeld 35
 Buchrezension: Wirtschaftsdemokratie und expansive
 Lohnpolitik. Zur Aktualität von Viktor Agartz | Simon Sturm 42

■ ■ ■ Magazin

- Kinderspiel Kapitalismus | Alexandra Kramm 44
 Stichwort zur Wirtschaftspolitik:
 Krise der Automobilindustrie | Arne Heise 45
 Sarkozy und kein Ende? Die französische Sozialdemokratie
 im Jahr II nach der Präsidentschaftswahl | Raimund Feld 47
 Kinder brauchen mehr!
 Für eine Kindergrundsicherung | Barbara König 52

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

- Meldungen: Sammelband „Die Krise der SPD“ erschienen,
 Papier „Die Gute Gesellschaft“ von Andrea Nahles und
 Jon Cruddas veröffentlicht 56
 5 Fragen an ... Georg Brockmeyer 58

Perspektiven der SPD für die Bundestagswahl

von Ralf Stegner ■ ■

» Die Wirtschaftsinstitute überbieten sich mit Negativprognosen, im Bund wird über ein drittes Konjunkturpaket spekuliert, in den Ländern droht vielen Betrieben das Aus und vielen Beschäftigten die Arbeitslosigkeit. Ursache ist, so die fast einhellige Meinung, der Marktradikalismus der letzten Jahre.

» Dennoch gibt es demoskopische Höhenflüge von FDP und teilweise der CDU, obwohl sie seit Jahren der Deregulierung das Wort reden. Ich habe gelesen, dass das Umfragehoch von schwarzgelb viel mit einem Grundvertrauen in deren Wirtschaftskompetenz zu tun hat. Wenn dies stimmt, können wir den Kampf um das Vertrauen in die Lösungskompetenz nur dann erfolgreich führen, wenn wir deutlich machen, dass die jetzige Krise weit über eine Krise der Finanzmärkte hinausgeht und das gesamte System des Marktradikalismus versagt hat.

» Neben den dringend zu regulierenden Finanzmärkten sind die Ungleichgewichte auf dem Güter- und Arbeitsmarkt zu beseitigen oder zumindest zu verringern. Die einseitige Exportausrichtung deutscher Unternehmen und Politik haben zu einer Einkommensverteilung von unten nach oben geführt: Die Lohnquote ist gesunken, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen massiv gestiegen. Zusammen mit einem „sparenden“ Staat senkte dies die Binnennachfrage, was den Exportdrang beflügelte, gleichzeitig aber die Importe dämpfte. Wir haben so zu einem internationalen Ungleichgewicht beigetragen, das die Finanzmärkte weiter destabilisierte.

» Die neoliberalen Auswüchse in unserer Partei sind weitgehend Vergangenheit, der Schulterschluss mit den Gewerkschaften ist seit dem Hamburger Parteitag im Wiederaufbau und der handlungsfähige Staat auch bei Sozis gefragt. Dabei geht es u.a. um Daseinsvorsorge und Garantie für gebührenfrei Bildung und lebenslang solidarische soziale Sicherungssysteme, aber auch um öffentliche Verfügungsgewalt über Bahn- und Stromnetze sowie eine nachhaltige Steuerreform, die einmal von oben nach unten umverteilt. Glaubwürdigkeit gewinnen wir aber nur, wenn auch wir den Umbau nicht als Luxus guter Zeiten sondern als elementar begreifen. Wir müssen gemeinsam mit den Gewerkschaften den neuen Lohnsenkungsforderungen entgegentreten und Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen als die Chance begreifen, nachhaltiges unternehmerisches Denken und Handeln durchzusetzen. Staatliche Regulierung ist kein Hemmnis, sondern notwendige Bedingung für einen fairen und produktiven Wettbewerb. Wir müssen in unserem Wahlprogramm ein gerechtes, nach oben wirklich durchlässiges Bildungssystem beschreiben, in dem Wettbewerb nicht die höchste Maxime ist, sondern Gemeinsinn, Solidarität und Rückgrat. Dazu brauchen wir einen auch finanziell handlungsfähigen Staat. Zwar hat auch Peer Steinbrück inzwischen den Sinn von Börsenumsatzsteuer, Vermögensteuer und der Erhöhung des Spitzensteuersatzes erkannt, doch die geplante radikale Schuldenbremse würde die möglicherweise gewonnenen Spielräume wieder vernichten. Wir haben die Grundlagen, den Gegenentwurf für eine progressive linke Volkspartei zu bieten und sollten das konsequent nutzen. ■



↳ Dr. Ralf Stegner ist SPD-Landesvorsitzender, Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und Mitglied im Präsidium der Bundes-SPD.

Foto: www.spd.de

Das deutsch-syrische Rückübernahmeabkommen: Kollaboration mit einem menschenrechts- verletzenden Regime | von Bernd Mesovic ■ ■

» Das am 14. Juli 2008 geschlossene „Abkommen über die Rückführung von illegal aufhältigen Personen“, das inzwischen in Kraft getreten ist, schwebt als Damoklesschwert über den in Deutschland lebenden, oftmals langjährig geduldeten Flüchtlingen – nicht nur SyrerInnen, sondern auch PalästinenserInnen und Staatenlosen. Syrien wird als Vertragspartei behandelt, als handle es sich um einen Rechtsstaat. Dabei gehört Syrien seit Jahrzehnten zu den menschenrechtlichen Problemfällen. Seit 1963 befindet sich das Land im Ausnahmezustand. Das erlaubt es den Geheimdiensten, ohne jegliche Kontrolle gegen jeden der Opposition Verdächtigten vorzugehen. Willkürliche Verhaftungen, Inhaftierungen ohne Anklage, systematische Folter sind an der Tagesordnung. Niemand bestreitet, dass man auch mit solchen Regimen diplomatische Beziehungen pflegen muss. Syriens Rolle im Kräftefeld des Nahen Ostens ist keine unbedeutende. Doch der Damaszener Frühling ist seit langem vorbei.

» Der Asylagebericht des Auswärtigen Amtes zu Syrien sieht die Verschlechterung der Lage, stuft jedoch die Probleme herunter: zu „verzelten folterbedingten Todesfällen“. Mag das AA nur Einzelfälle kennen – die Brutalität hat System. Wer mit einem solchen Regime Rückübernahmeabkommen schließt, der kollaboriert. Hindert das Grand Design der Außenpolitik Bundesaußenminister Steinmeier, sich eindeutig zu äußern? Oder ist es der Druck der Innenpolitik, Flüchtlinge endlich abzuschieben, denen die syrischen Behörden bisher keine Papiere gegeben haben, was in vielen Fällen ihr einziger Schutz war? Den KritikerInnen antworten ließ Steinmeier seinen Staatsminister Gloser. Am 08.09.2008 stellte der fest: Das Abkommen wirke sich nur auf Personen aus, deren Ausreisepflicht in einem rechtsstaatlichen Verfahren

bereits festgestellt wurde. Da dürften sich die Herren in den Verhörtzentralen der syrischen Sicherheitsdienste ins Fäustchen lachen über so viel Rechtsstaatlichkeit.

» Die Geschichte der deutsch-syrischen Beziehungen ist delikat. Über die Pendeldiplomatie von Geheimdiensten und Polizeidelegationen nach dem 11. September berichtete der Spiegel bereits im Jahr 2004. Dabei ging es nicht immer nur um Terrorismus, sondern auch um Flüchtlinge. Nach deutschen Geheimdienstquellen soll der militärische Geheimdienst Syriens in Großschleusungen selbst verwickelt gewesen sein. Der Spiegel referierte eine BND-Theorie zum Interesse der Syrer an der organisierten Fluchthilfe: „Außerdem sollen sie von den Schleppern Tipps bekommen, welcher Flüchtling bereit wäre, die syrische Exilgemeinde in Europa auszuhorchen [...]“ Demnach kennt der BND das Interesse der Syrer, die Diaspora zu bespitzeln. Vertrauenswürdige Burschen fürwahr, mit denen man Abkommen schließt. Hier spitzeln, dort foltern? Das Rückübernahmeabkommen ist unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten ein Irrwitz. Kein außenpolitisches Interesse kann seine Umsetzung rechtfertigen. Vom Kanzlerkandidaten wird man eine Positionierung erwarten müssen, die der Außenminister bisher vermied. ■



↳ Bernd Mesovic (54) ist Referent und stellvertretender Geschäftsführer der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL.

Foto: PRO ASYL

Kein Staatsausverkauf durch Öffentlich-Private Partnerschaften

von Mechthild Rawert ■ ■



↳ Mechthild Rawert, direkt gewählte MdB in Berlin-Tempelhof-Schöneberg, SPD-Direktkandidatin 2009, Mitglied in den Ausschüssen Gesundheit sowie Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz.

Foto: www.mechthild-rawert.de

» Noch vor der Sommerpause soll die 2./3. Lesung des von CDU/CSU und SPD eingebrachten Antrags „Faire Wettbewerbsbedingungen für Öffentlich-Private Partnerschaften schaffen“ (Drs. 16/12283) stattfinden. Sollte die SPD-Bundestagsfraktion den verschiedenen Privatisierungstendenzen dieses Antrages nachkommen, entmachten wir selber unseren Staat und destabilisieren die öffentliche Daseinsvorsorge. Mit Hilfe des Modellprogramms „Umsatzsteuerrückerstattung“ sollen vermeintliche Diskriminierungen privater gegenüber öffentlicher Leistungserbringer reduziert werden. Warum das BMF seine Meinung, es handele sich nicht um eine gravierende Mehrbelastung aufgegeben hat, ist noch ein Rätsel.

» Als Sozialdemokratin und Parlamentarierin sage ich NEIN zu den angestrebten Neufassungen des § 7 Abs. 1 und 2 der Bundeshaushaltsordnung (BHO). Diese Regelungen bedeuten das Aus politischer und parlamentarischer Entscheidungsmöglichkeiten.

Die Ergänzung des § 7 Abs. 2 BHO bewirkt eine regelrechte Pflicht zur Beauftragung von Privaten. Wohin die Reise gehen kann bzw. soll, lässt sich in NRW beobachten: Die CDU/FDP-Regierung will mit einer Änderung der Gemeindeordnung die wirtschaftliche Tätigkeit von Städten und Gemeinden zugunsten von Privatfirmen einschränken. Im Koalitionsvertrag vom 20. Juni 2006 wurde der Vorrang privater Leistungserbringung vereinbart. Die öffentliche Hand darf sich nur noch dann zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck dieses rechtfertigt. Dieses Ziel wurde seitens der CDU/CSU auch in

der Bundestagsdebatte bekräftigt: „Wir brauchen Vorrang für privatwirtschaftliches Handeln“. Auch im Koalitionsantrag werden die Kosteneinsparungen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften jubelnd mit durchschnittlich 15 Prozent ausgewiesen. Ein klatschiger ÖPP-Dämpfer ist der aktuelle Bericht des Rechnungshofes in Baden-Württemberg: Die Prüfung von fünf großen Projekten ergab nur eine Effizienzrendite von 2,67 Prozent, zweistellige Effizienzrenditen seien künftig nicht mehr erwartbar. Kritisiert werden auch die teilweise fragwürdigen Vergleichsberechnungen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit. Mahnungen zur Vermeidung einer steigenden Vorbelastung künftiger Haushalte durch die üblichen 20-30jährigen Vertragslaufzeiten sowie die Warnung, keinen ÖPP- bzw. PPP-Schattenhaushalt entstehen zu lassen, gelten auch für die Bundesebene.

» Auf der sozialdemokratischen Agenda hat die Stabilisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch steuerliche Einnahmesicherung zu stehen und nichts anderes. 2008 hat Ernst & Young (!) eine Studie herausgegeben: Schon 2007 plante jede 10. Kommune eine Re-Kommunalisierung. Meistgenannte Motive sind die Nichteinhaltung bisheriger Leistungs- und Qualitätskriterien, der Verlust an politischen Gestaltungsmöglichkeiten, die Insolvenz der Partner bzw. Investoren, der Abbau von Arbeitsplätzen und mangelnde Kosteneinsparungen bzw. Effizienzsteigerungen. „Der Markt wird es schon richten“ – dieser neoliberale Glaube ist 2009 endgültig zerstört. ■

Für einen Krisen-Soli

von Florian Pronold ■ ■



↳ Florian Pronold, MdB, ist stellvertretender finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

Foto: www.spdfraktion.de

» Meine Forderung nach Einführung eines Krisen-Solis für Reiche geht von folgendem Grundgedanken aus: Spitzenverdiener und Vermögende werden immer reicher und zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine sehr hohe Sparquote haben. Um aber die Wirtschaftskrise zu überwinden, müssen wir die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigern. Für die privaten Haushalte heißt dies, sie zum Konsum anzuregen. Gerade in Zeiten der Krise aber neigen die Leute zu einem – aus volkswirtschaftlicher Sicht – falschen Verhalten und sparen noch mehr. Dies verschlimmert die Krise noch weiter. Diese Konsum dämpfende Wirkung müssen wir kompensieren. Deshalb plädiere ich dafür, Spitzenverdiener mehr zu belasten und Geringverdiener zu entlasten. Breite Schultern müssen mehr tragen als schmale Schultern.

» Mit einem solchen Reichen-Soli wird keineswegs die konjunkturelle Abwärtsbewegung beschleunigt, wie oft eingewandt wird, sondern gerade das Gegenteil bewirkt. Das Geld wird denen abverlangt, die es nicht ausgeben und es wird in Form von öffentlichen Ausgaben direkt zu Nachfrage. Gleichzeitig wird die ungleiche Einkommensverteilung etwas korrigiert und dafür gesorgt, dass weniger Schulden aufgenommen werden müssen, um die Folgen der Krise abzumildern. Auf diese Weise sichern und eröffnen wir Handlungsspielräume in öffentlichen Haushalten für künftige Generationen.

» Auf welchem Weg wir die „fetten Hammel“ scheren, ist mir egal: In Frage kommt ein früheres Einsetzen der Reichensteuer ab einem Einkommen von 100.000 Euro oder eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Das ist, neben der notwendigen Millionärssteuer (Wiedereinführung der alten Vermögensteuer), die einzige Möglichkeit eines solidarischen Ausgleichs, der auch dazu beitragen kann, das Problem der kalten Progression vor allem für die mittleren Einkommen zu lösen. Und wenn wir diese Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entlasten wollen, müssen wir uns das Geld von den Reichen holen.

□ Anmerkung der Redaktion:

Ursprünglich war ein Contra-Beitrag zu dem Artikel von Florian Pronold geplant. Mehrere angefragte FachpolitikerInnen der SPD-Fraktion hatten jedoch signalisiert, die Überlegungen nicht grundsätzlich abzulehnen oder sogar tendenziell zu befürworten. Wir nehmen daher an, dass gerade vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise eine höhere Besteuerung hoher Einkommen innerhalb der SPD-Fraktion flügelübergreifend mehrheitsfähig ist. ■



Foto: privat

Ganz klar sehen wir eine Krise des ökonomischen Denkens

Interview mit Sebastian Dullien



spw: Hat die Bundesregierung angemessen auf die Turbulenzen im Finanzsystem und den realwirtschaftlichen Wachstumseinbruch reagiert? Ist hierin ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel zu sehen?

Sebastian Dullien: Natürlich lässt sich ein gewisser Wechsel im Denken der politischen Klasse in Deutschland feststellen. Hans Eichel hat in seiner damaligen Funktion als Finanzminister in einer Rede Anfang des Jahrzehnts in Berlin noch darauf bestanden, dass in heutigen Zeiten eine nationale Konjunktursteuerung wegen der großen internationalen Verflechtung der deutschen Wirtschaft gar nicht mehr möglich sei. Heute wird selbstverständlich darüber diskutiert, wie man am besten die Konjunktur ankurbelt – auch auf nationaler Ebene.

Ob das allerdings schon einen Paradigmenwechsel bedeutet, ist fraglich. Ein Paradigmenwechsel würde ein grundsätzliches Umdenken bedeuten. Und das sehe ich noch nicht. Zunächst einmal muss man festhalten, dass die Bundesregierung sehr lange gebraucht hat, bis sie tatsächlich entschieden auf die Wirtschaftskrise reagiert hat. Bei der Haushaltsdebatte Anfang September 2008, als die deutsche Wirtschaft bereits ein halbes Jahr schrumpfte, hat die Bundesregierung noch jedes Risiko der Rezession rund herum abgelehnt. Auch haben sich die Regierung und besonders Finanzminister Peer Steinbrück extrem lange gegen eine aktive Konjunktursteuerung gesträubt. Die Mini-Maßnahmen, die heute als Konjunkturpaket I bezeichnet werden, durften offiziell zunächst gar nicht „Konjunkturpaket“ heißen. Selbst jetzt ist das aktuelle Konjunkturpaket II wohl noch zu klein, um

den Abschwung wirklich abzufedern. Und wenn Merkel vor dem G20-Gipfel in London verkündet, das Problem sei, dass einige Länder „über ihre Verhältnisse“ gelebt hätten und mit diesem Argument weitere Konjunkturprogramme ablehnt, dann kann ich ein echtes Umdenken nicht erkennen.

spw: In letzter Zeit wird zunehmend die Forderung laut, eine nationale Regierung solle ihre Gelder zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Inland einsetzen und nicht im Ausland „verpuffen“ lassen. Steht eine Krise des Freihandels oder gar der Globalisierung und der internationalen Beziehungen insgesamt bevor?

Sebastian Dullien: In der makroökonomischen Debatte wurde in Deutschland bereits sehr lange stark national argumentiert. Im Grunde ist der wachstums- und konjunkturpolitische Nationalismus schon in der wirtschaftspolitischen Aufgabenstellung des Maastricht-Vertrages verankert. Dort ist ja die europäische Ebene nur für Preisstabilität zuständig, den Rest muss jeder zu Hause machen. Dass unter so einem Denken auch in der Krise Konjunkturpolitik vor allem national ausgerichtet gemacht wird, ist wenig verwunderlich.

Einen echten Protektionismus-Wettlauf wie in den 30er Jahren sehe ich allerdings nicht. Dazu haben die Politiker zu viel aus der Weltwirtschaftskrise gelernt. Innerhalb Europas sind außerdem die europäischen Institutionen zu stark. Allerdings wird man sich zunehmend auch in Schwellen- und Entwicklungsländern die Frage stellen, ob Freihandel eigentlich sinnvoll ist, wenn erratische Verwerfungen auf den Finanzmärkten mit einem

Mal den Wert von Währungen halbieren oder verdoppeln und damit Handelsströme viel mehr beeinflussen als es die meisten der heute nur noch existierenden Zölle tun.

spw: Worin sehen Sie die wichtigsten Elemente für eine mittel- und langfristige Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in Deutschland und international, etwa im Sinne eines „New Deal“?

„**Sebastian Dullien:** Ganz wichtig ist, dass Deutschland weg kommt von dem Wachstumsmodell der vergangenen Jahre, das ausschließlich auf Exportwachstum basierte. Wir brauchen ein gleichgewichtigeres Wirtschaftswachstum, bei dem auch die private Konsumnachfrage und die Staatsnachfrage stetig zulegen und damit Wachstumsmotoren sein können. Die große Verschuldung der Unternehmen und Privathaushalte in einigen Volkswirtschaften wie den USA, Großbritannien, Irland oder Spanien ist das Spiegelbild der großen Leistungsbilanzüberschüsse einiger Länder wie Deutschland, China und Japan. Das mickrige Wachstum der Inlandnachfrage in Deutschland ist in den vergangenen Jahren durch ein größeres, kreditgetriebenes Wachstum in den USA und Spanien ausgeglichen worden. Jetzt sehen wir, dass diese Kombination nicht nachhaltig ist. Von daher ist die Schwäche der deutschen Inlandnachfrage nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches und internationales Problem.

Um den Konsum in Deutschland anzukurbeln, brauchen wir ein stärkeres Wachstum der Masseneinkommen, insbesondere der Lohneinkommen. Mein Eindruck aus den Entwicklungen der vergangenen Jahre ist, dass wir dort nicht ohne staatliche Eingriffe hinkommen, etwa über kräftigere Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst und Mindestlohnregeln. Darüber hinaus sollte der Staat mit Investitionen in Bildung, aber auch in Infrastruktur das Produktivitätswachstum fördern, das nun einmal den möglichen Rahmen für Lohnsteigerungen vorgibt.

International wird man sich über ein neues Währungssystem mit weniger flexiblen Wechselkursen unterhalten müssen. Ein solches Festkurs- oder Zielzonenmodell ist aber höchstwahrscheinlich mit dem heutigen Maß der internationalen Kapitalfreizügigkeit nicht zu vereinbaren. Ich denke, wir werden deshalb auch über neue internationale Kapitalverkehrskontrollen reden müssen.

spw: Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen der globalen Finanzkrise und dem Stand der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie? Erleben wir auch eine Krise des ökonomischen Denkens?

„**Sebastian Dullien:** Ganz klar sehen wir eine Krise des ökonomischen Denkens. Wir sehen jetzt, dass einige der zentralen Annahmen vieler makroökonomischer Modelle der vergangenen Jahre nicht nur falsch waren, sondern sogar zu gefährlich falschen Ergebnissen führten. So dürfte inzwischen jedem normal denkenden Menschen klar sein, dass die Effizienzmarkthypothese, nach der alle verfügbaren Informationen jederzeit in den Marktpreisen enthalten sind, für die Finanzmärkte nicht haltbar ist. Diese Hypothese ist dafür verantwortlich, dass kein Ökonom eine Liquiditätskrise vorhergesehen hat, wie wir sie derzeit bei den komplexen strukturierten Finanzprodukten sehen. Für viele der komplexen Produkte existiert derzeit einfach kein Markt mehr und damit auch kein Marktpreis, in dem Informationen enthalten sein könnten. Auch die Hypothese rationaler Erwartungen muss zumindest in der extremen Form, wie sie in vielen makroökonomischen Modellen eingebaut ist, überdacht werden. ■

☞ Sebastian Dullien, Jahrgang 1975, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin. Zuvor war er fast acht Jahre Redakteur bei der Financial Times Deutschland, für die er unter anderem die deutsche Konjunktur beobachtete und die deutsche und europäische Wirtschaftspolitik kommentierte.

☞ Das Interview führte Till van Treeck.



Foto: www.istockfoto.com; © Skip O'Donnell

Linke Hegemonie? Die Krise des Neoliberalismus nutzen

Einleitung zum Schwerpunkt

von Cordula Drautz
und Thilo Scholle



» „Der Neoliberalismus ist gescheitert, das System fährt gegen die Wand“ – diese und ähnliche Analysen finden sich seit dem Ausbruch der Finanzkrise zunehmend als Kommentare in Medien des politischen Mainstreams und nicht nur in den Analysen linker PolitikerInnen und Parteien. Dass kapitalistische Systeme krisenanfällig sind, ist keine neue Erkenntnis. Dass diese Krisen in der Folge nicht zwangsläufig in einen Verlust der gesellschaftlichen Legitimität der Wirtschaftsordnung führen, hat die radikalreformistische Linke in den letzten einhundert Jahren immer wieder erfahren müssen. Auch in der aktuellen Krise ist offen, wie sich die politische und gesellschaftliche Regulierung von Ökonomie weiter entwickelt. In spw 1/2009 haben wir diskutiert, wie ein globaler „New Deal“ für wirtschaftliches Wachstum und soziale Entwicklung aussehen kann. Ob es gelingt, ein solches anderes Regulierungsmodell für den Kapitalismus an die Stelle der bisherigen neoliberalen Orientierung zu setzen, wird von der Strategie- und Hegemoniefähigkeit der Linken abhängen. Zwar hat in den letzten Monaten Kritik an „Gier und Habsucht“ der Manager die politische Debatte bestimmt. Auch Zeitungen des (wirtschafts-)politischen Mainstreams wie die „Zeit“ begannen die Frage nach Zustand und Zukunft des Kapitalismus zu diskutieren.

Ein kurzer Blick auf die Situation der politischen Debatte in Deutschland lässt jedoch erwarten, dass dieses kurze systemkritische Intervall bald wieder vorbei sein wird. Fortschritte bei der Regulierung von Finanzmärkten sind bislang nicht erfolgt. Die Rettung der in Schieflage geratenen Banken erfolgt unter enormem öffentlichem Kapitalaufwand, ohne zugleich ernsthafte öffentliche Einflussmöglichkeiten auf die Banken selbst zu schaffen. Die Lageanalysen des konservativen und liberalen Lagers beginnen zudem wieder die Parole zu verbreiten, dass es nach einigen kurzen Reparaturakten bald wieder zum Status Quo ante der ökonomischen (Nicht-)Regulation zurückgehen soll.

Dass ein politisches Projekt nicht durch schlichte Parlamentsbeschlüsse und anschließendes Verwaltungshandeln umgesetzt werden kann, ist eine banale Erkenntnis. Das neoliberale Reformprojekt der letzten Jahrzehnte wurde lange politisch und ideologisch vorbereitet. Mit entscheidend war, dass die konkret vorgeschlagenen politischen und ökonomischen Maßnahmen auf breite Zustimmung der gesellschaftlichen Eliten bis in Parteien und Akteure der klassischen Arbeiterbewegung hinein stießen.

Ein solcher Prozess funktioniert nicht von selbst. Mit den Arbeiten Antonio Gramscis wird die Erkenntnis über die wichtige Rolle der Auseinandersetzungen um Hegemonie und gesellschaftliche Deutungshoheit in der „Zivilgesellschaft“ für die Erlangung und den Ausbau von gesellschaftlicher Herrschaft verbunden.

» Für die Linke muss es daher nun darum gehen, eine Diskussion darüber zu führen, welcher ideologische Rahmen angesichts der Krise zum Schmieden gesellschaftlicher Mehrheiten für einen sozialen und ökologischen „New Deal“ zu schaffen ist.

Es fällt auf, dass sich im aktuellen kritischen politikwissenschaftlichen Schrifttum zwar eine breite Palette an Arbeiten zur Entwicklung des Neoliberalismus findet, aber kaum Arbeiten zu Ideologie und Strategie für einen „New Deal“ in Europa. Meist werden schlüssig die Grundannahmen zu Ideologieproduktion und der Wichtigkeit gesellschaftlicher „Gegen-Hegemonie“ zur Absicherung eines Fortschrittsblocks skizziert, um dann als konkrete Beispiele Berichte über linke Reformprojekte in Lateinamerika zu benennen. Der Transfer, in wie weit bspw. kommunale Initiativen aus Buenos Aires für die politische Situation in Deutschland relevant werden können, wird in der Regel nicht geleistet.

Neoliberale ökonomische und gesellschaftliche Vorstellungen sind gerade nicht deshalb mehrheitsfähig geworden, weil sie aus den gesellschaftlichen

Nischen „widerständiger Praxis“ nur durch ihr nachahmenswertes Beispiel selbst in den politischen Mainstream gelangt sind, sondern weil es Akteuren sehr nüchtern und strategisch gelungen ist, bestimmte gesellschaftliche und ökonomische Veränderungsprozesse wahrzunehmen und daraus Konsequenzen für das eigene politische Handeln abzuleiten. Der Mont-Pèlerin-Society als eine ideologische Keimzelle neoliberalen Gedankengutes gelang es, auf der Grundlage eines klaren Gesellschaftsbildes und mit dem Ziel seiner Durchsetzung Antworten auf die ökonomischen Krisen der 1970er Jahre zu geben.

» Für die politische Linke wäre es jetzt der entscheidende Schritt, auf der Grundlage ihres Gesellschaftsbildes einen ähnlichen Selbstverständigungsprozess darüber einzuleiten, was jetzt die politische Agenda bestimmen müsste und wie dafür gesellschaftliche Mehrheiten gefunden werden können.

Natürlich mag es ein Ansatz sein, Gegen-Hegemonie gewissermaßen „von unten“ in den politischen Prozess hineinlaufen zu lassen. Dies würde die Akteure allerdings auch der Aufgabe entheben, sich über politische und gesellschaftliche Strategie und Taktik Gedanken zu machen. Die Zeit würde demnach dann schon irgendwann der Idee zur Wirkungsmächtigkeit verhelfen. So einfach ist es aber nicht. Die Strukturen gesellschaftlicher und politischer Kommunikation sind komplex. Zwar ist es richtig, dass u.a. mit den Weltsozialforen und den Protesten gegen die G-8 globale Vernetzungen und Diskussionsprozesse entstanden sind, die auch Impulse für die weitere Diskussion um die Ausgestaltung der Weltpolitik liefern. Nur – tatsächliche politische Entscheidungen konnten diese Bewegungen bislang nicht erreichen. Auch beim Blick auf die Diskurse in der Zivilgesellschaft selbst fällt auf, dass Meinungen aus dem politischen Mainstream hier nach wie vor deutlich dominieren.



Die aktuellen Beispiele des globalisierungskritischen Bewegungsdiskurses zeigen also gerade, wie viel Platz in den Nischen des Kapitalismus für andere Meinungen und Konzepte ist, ohne die Funktionsweise des Systems auch nur annähernd zu beeinflussen. Böse gesagt – Bob Geldorf und Bono erreichen mit einem Konzert vor den Mächtigen der Welt möglicherweise mehr politische Entscheidungen für einen Abbau des Hungers in Afrika als viele andere Kampagnen zusammen.

Auszubuchstabieren wäre also, welches Verständnis von politischen und gesellschaftlichen Zuständen eigentlich über die Soziallandkarte der Milieus in Deutschland verteilt vorherrscht. Was sind die Parameter, anhand derer politisch wünschenswertes bewertet oder formuliert wird? Wie ist die aktuelle politische Hegemoniekonstellation beschaffen, wer sind die Träger, auf welche materielle und ideologische Basis beziehen sie sich?

Was sind eigentlich momentan die herrschenden Welt- und Wertanschauungen in der Zivilgesellschaft? An welche kollektiven Einstellungen und Wahrnehmungen gesellschaftlicher Realitäten müsste ein Reformprojekt anschließen, um wirkungsmächtig zu werden? Welche gesellschaftlichen Institutionen gilt es zu besetzen, welche gesellschaftlichen Gruppen gilt es anzusprechen, um eine neue Reformkoalition zu schmieden?

Welche Gruppen könnten die Träger einer neuen Reformkonstellation sein? Wer ist „revolutionäres Subjekt“ des beginnenden 21. Jahrhunderts? Die bundesdeutsche Milieulandschaft ist breit erforscht und auch in spw diskutiert worden. Für unseren Rahmen muss es um mehr gehen. Nicht die Frage, wie aktuell gesellschaftliche Milieus beschaffen sind, sondern welche Milieus eigentlich politischen Fortschritt in unserem Sinne unterstützen können.

Was sind in Zeiten einer enormen technischen und inhaltlichen Diversifizierung der Kommunikationsmedien (Stichwort Internet, Youtube, etc.) die medialen Transporteure politischer Botschaften? Wer sind die modernen Ideologieproduzenten? Sind die Beispiele aus den Texten Gramscis (z.B. Kirchen und Universitäten) noch aktuell? In welcher Weise?

Zwar gelingt es der Partei in Wahlkämpfen durchaus noch, bestimmte Zielgruppen anzusprechen, FacharbeiterInnen, GewerkschafterInnen, Frauen, MigrantInnen. Dies jedoch vor allem deshalb, weil andere Kräfte nach wie vor nicht in der Lage sind, dort einzubrechen. Zugleich ist zu konstatieren, dass diese Ansprache jedes Jahr weniger Wählerinnen und Wähler erreicht. Und – entscheidender – es kaum noch gelingt, selbst diese „Kerngruppen“ des sozialdemokratischen Elektors in Parteiarbeit einzubinden oder mit ihnen im Umfeld der Partei zusammen zu arbeiten.

» Kurz: Es muss über eine neue Rollenverteilung in Deutschland zwischen politischen Parteien, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, kritischer Wissenschaft, Publizistik und über die Themen gesprochen werden, die gemeinsam ein Konzert des linken Wandels spielen könnten. Dabei wird es nicht darum gehen, eine gemeinsame politische Linie aller denkbaren Akteure zu definieren. Diese ist real wohl kaum organisierbar, und im Ergebnis auch nicht nötig. Entscheidend ist vielmehr, einen Blick dafür zu entwickeln, welcher Akteur jeweils für sich welchen Beitrag leisten könnte. Dies führt zu der Frage, welchen Beitrag eigentlich die Sozialdemokratie selbst in diesem Prozess leisten kann.

In den Blick zu nehmen sind dabei mehrere Punkte: Die gesellschaftsstrukturelle Analysefähigkeit der Partei erscheint nahezu vollständig ausgebrannt. Zwar treten auf einschlägigen Tagungen von Partei und Fraktion durchaus immer wieder interessante WissenschaftlerInnen auf, bei genauerer Betrachtung fällt jedoch ins Auge, dass es fast immer dieselben sind. Ganz offensichtlich ist die

SPD und ihre Politik kein Thema mehr, an dem sich junge kritische WissenschaftlerInnen orientieren. Sie werden von der Partei aber auch nicht angesprochen und in strategische Debatten einbezogen. Die Folge ist ein politisches Agieren, das die eigenen Handlungen kaum vor einem größeren politischen Hintergrund erklären kann. Ein Teil der Führungsschicht der SPD hat sich in den letzten Jahren sogar so radikal von „Ideologie“ getrennt, dass auch eine Abkoppelung von wissenschaftlichen Debatten erfolgt ist.

» Die SPD muss deshalb dringend wieder einen Blick auf gesellschaftliche Strukturen gewinnen. Voraussetzung ist, dass sie sich von der Vorstellung verabschiedet, es ließen sich gewissermaßen „neutrale“ und objektiv allen Menschen dienende politische Angebote schaffen. Dass dies nicht möglich ist, ist eine Binsenweisheit. Nur so lässt sich aber tatsächlich definieren, wem bestimmte politische Projekte eigentlich nützen, und welche Gruppen daher auch bei ihren eigenen Interessen abgeholt werden können. Der zweite Schritt wäre dann die Beantwortung der Frage, welche ideologischen Elemente nötig wären, um auch an die Alltagswahrnehmung der Menschen anzudocken.

Der „Neoliberalismus“ als Ensemble aus Ideologie und politisch-ökonomischen Regulationsmechanismen ist nach wie vor wirkungsmächtig, und dies bis weit in die Gruppe der sozialdemokratischen Entscheidungsträger hinein. Die Komplexität makroökonomischer Zusammenhänge dient nach wie vor als Legitimation für vermeintlich einfache Lösungsvorschläge wie der Einbau einer Schuldenbremse in das Grundgesetz. Die Wiederentdeckung keynesianischer Politik ist rein finanzmarktorientiert. Weder die Güter- und Dienstleistungsmärkte noch die Arbeitsmärkte werden ausreichend in den Blick genommen. Dabei werden die Auswirkungen der Krise hier vermutlich das realste politische Protest- und Handlungspotenzial generieren. Hier schlägt der gescheiterte Finanzkapitalismus seine größten und spürbarsten Wunden.

Zugleich besteht jedoch eine „Goldene Gelegenheit“, eine Gegenideologie zu setzen. Die Aussage, man könne keine Wirtschaftspolitik gegen die Wirtschaft machen (Gerhard Schröder) ist in ihrer Alternativlosigkeit zunehmend in Zweifel gezogen. Heute können auch ökonomische Nicht-Experten ihren Frust und ihr Unverständnis personalisieren, wie die – die tatsächlichen Hintergründe der Krise natürlich nur äußerst unzureichend erfassende – Kritik an „gierigen Bankern und Managern“ zeigt. Dies geht zwar nicht an die Wurzeln des Systems, eröffnet aber ein Artikulationsfenster für eine weitergehende systemkritische Debatte.

Das Paradoxon der sich selbst ausbeutenden ArbeitnehmerInnen im Zuge der kapitalistischen Krise muss politisch artikuliert werden. Jede Kurzarbeit, Arbeitszeitverkürzung, Lohnverzicht, Aussetzung der Tarifverträge ist einzelbetrieblich nachvollziehbar. Die Sozialdemokratie muss aber heute schon beginnen, die Kurzfristigkeit dieser „Lösungen“ zu artikulieren und auf strukturelle Veränderungsnotwendigkeiten hinweisen.

» Die Diskussion über die Rolle des Staates gehört ins Zentrum der politischen Debatte. Der Staat ist kein neutraler Akteur. Verfolgt er bei der Debatte um die Privatisierung der DB AG eine dem Gemeinwohl entgegenstehende Politik, wird er gleichzeitig rhetorisch als heilbringende Institution, z.B. als Bankeneigner, Energienetzbesitzer etc. überhöht. Entscheidender als die Frage nach Verstaatlichung ist die Frage der Vergesellschaftung – die Demokratisierung des ökonomischen Unterbaus. Das Investitionsmonopol des Kapitals (wo, was und wann investiert wird) ist nach wie vor ungebrochen. Die Debatte um Opel kann ein Fenster für die Frage öffnen, ob Mitarbeiterbeteiligungen im kleinen oder größeren Maßstab (Deutschlandfonds) durchsetzbar sind und damit eine wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft einhergeht.



Ein Blick in die aktuelle deutsche politische und wissenschaftliche Publizistik macht deutlich: Ein Kernfeld politischer Strategieentwicklung, das im angelsächsischen Raum seinen Niederschlag in unzähligen ThinkTanks, Lobbygruppen und Beraterstäben findet, ist im linken deutschen politischen Kontext nahezu unbearbeitet. Auch der Blick nach Lateinamerika als ein Experimentierfeld gegenhegemonialer politischer Praktiken wird kaum gewagt.

Mit dem vorliegenden Schwerpunkt wird der Versuch unternommen, einige Aspekte gegenhegemonialer Strategien in den Blick zu nehmen. Auch wenn im Superwahljahr 2009 eine reflektierte Debatte um die eigene politische und gesellschaftliche Aufstellung wenig Raum bietet – ein Vertagen der Debatte auf die Zeit nach der Bundestagswahl wäre für die strategische Erschließung des heute politisch Machbaren fatal. ■

☞ Cordula Drautz, Politikwissenschaftlerin, lebt in Berlin und ist Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Thilo Scholle, Rechtsreferendar am Landgericht Dortmund, ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Der Durchblick im Dschungel der Sicherheitspolitik



„... eine Gesamtschau auf den sicherheitspolitischen Aktivismus der letzten Jahre, die beklemmend ist.“ *(dpa)*

„Ein wertvoller, ja beinahe unentbehrlicher Beitrag zur Diskussion um Sicherheit und Freiheit.“ *(Dr. Jürgen Kübling, Bundesverfassungsrichter a.D.)*

Gustav Heinemann-Initiative & Humanistische Union (Hrsg.):
Graubuch Innere Sicherheit. Die schleichende Demontage des Rechtsstaates nach dem 11. September 2001. Norderstedt/Berlin 2009, Books on Demand, 240 S., 14 €. ISBN-13: 978 3 83709 003 1.

Zu beziehen über den Buchhandel oder Online unter:
www.humanistische-union.de/shop/buecher/.

Aus dem Inhalt: Antiterrordatei, Befugnisse der Geheimdienste, Aus- und Einreiseverbote, Bankdatentransfer, Biometrische Daten, Datenbanken, Demonstrationsverbote, Europäische Zusammenarbeit, Geldwäsche, IMSI-Catcher, Kontenabfragen, Luftsicherheit, Passagierdatentransfer, Rasterfahndung, Sicherheitsüberprüfungen, Steueridentifikationsnummer, Terrorismusbekämpfungsgesetze, Terrorlisten, Telekommunikationsüberwachung, Vereinsverbote, Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, Zuwanderung.

Humanistische Union e.V. • Greifswalder Straße 4 • 10405 Berlin
E-Mail: info@humanistische-union.de • www.humanistische-union.de

Chancen eines neuen „New Deal“: Perspektiven eines wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Umbaus

von Michael Vester

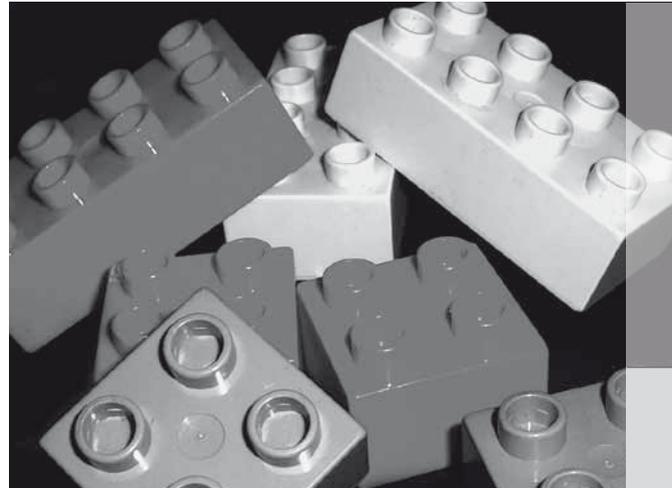


Foto: www.pixelio.de; © Sternschnuppe

□ 1. Der Mythos der Exportweltmeisterschaft

» » *„Ich möchte, dass dieses Land weiter Exportweltmeister bleiben kann.“* – Dies verkündete die deutsche Kanzlerin, Angela Merkel, am 22. März 2009 in der Sendung bei „Anne Will“. Zwei Tage später folgte in der ‚Frankfurter Rundschau‘ ein Kommentar von Robert von Heusinger, gleichzeitig ein Meisterstück pointierter Krisenerklärung:

„Dieser ... Wunsch war der absolute Tiefpunkt der Talkshow – zumindest aus volkswirtschaftlicher Sicht. Erstens kann sich Deutschland für den Titel ‚Exportweltmeister‘ herzlich wenig kaufen. Er sagt nichts über den Wohlstand im Land aus. Zweitens überrundet China Deutschland sowieso. Drittens und am wichtigsten: Gerade die Fixierung der deutschen Wirtschaftspolitik auf den Export hat die Krise verschärft. Zum einen, weil es Deutschland jetzt stärker trifft als Länder, die eine ausgewogene Struktur zwischen Binnen- und Außennachfrage haben. Zum anderen, weil die globalen Ungleichgewichte, deren Spannung sich jetzt entlädt, viel mit Staaten zu tun haben, die über ihre Verhältnisse gelebt haben wie Amerika, England oder Spanien. Aber spiegelbildlich gab es Staaten wie Deutschland,

China und Japan, die unter ihren Verhältnissen gelebt haben, zu viel gespart und deshalb horrende Leistungsbilanzüberschüsse aufgehäuft haben. Die Krise müsste selbst die Kanzlerin gelehrt haben, dass weder das eine noch das andere Geschäftsmodell nachhaltig ist.“

In der gleichen Zeitung hatte bereits am 13. März Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall, die ja gerade die Arbeitnehmergruppen der Exportindustrien vertritt, dem kurzzeitigen Wunsch des „Weiter so!“ eine Abfuhr erteilt. Auf die Frage „Wie sieht die deutsche Industrie nach der Krise aus?“ antwortete er:

„Die industriellen Strukturen werden anders als heute aussehen: Wir werden nie mehr so hohe Exportüberschüsse haben, weil andere Staaten unsere Überschüsse nicht mehr hinnehmen werden. Die gesamte Wirtschaft und auch die industrielle Produktion muss sich stärker auf den Binnenmarkt orientieren.“

Die IG Metall teilt nicht die Exportillusion. Es ist ihr nicht genug, wenn die eingebrochenen Exportindustrien jetzt mit Abwrackprämien und Steuer-senkungen angekurbelt werden, um die Zeit bis zu dem optimistisch bis 2010 erwarteten Krisenende



zu überbrücken. Die IG Metall denkt an die langfristige Strukturwende zur Binnenmarktstärkung. Die Bundesregierung dagegen fährt „auf Sicht“, handelt sich ohne langfristige Perspektive von Situation zu Situation. Noch im September 2008 hatte Finanzminister Steinbrück geprahlt, dass die Finanzkrise nicht auf die Realwirtschaft überspringen werde. „Diese verbreiteten Sado-Maso-Tendenzen sind mir ein Rätsel.“ Tatsächlich könne „von einer Rezession keine Rede sein“, sondern nur von „einer konjunkturellen Eintrübung“. Wer diese mit einem Konjunkturprogramm bekämpfe, „verbrennt lediglich Steuergeld.“ Durch den Druck starker innerer und internationaler Akteure sieht sich Berlin zu Ansätzen einer Nachfragestärkung genötigt. Aber ihr fehlt jede Nachhaltigkeit und jedes System.

Der Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Krugman spricht von der „know-nothing-Rhetorik“ des deutschen Finanzministers. Nach Ansicht der Regierung kann man in der Tat nicht wissen, wie die weitere Entwicklung abläuft, und muss daher abwarten, ob die jetzigen Konjunkturspritzen Wirkung zeigen. Langfristige Strukturreformen des deutschen Wirtschaftsmodells werden nicht einmal in Erwägung gezogen. Die Handlungslogik der Politiker ist oft kurzfristig, ihre Perspektive reicht kaum weiter als bis zur nächsten Wahl. Die Handlungslogik der korporativen Interessenorganisationen ist anders. Sie können ihren langfristigen Bestand als Großorganisationen und die langfristige Entwicklung ihrer Mitgliederpotentiale nicht aufs Spiel setzen. Selbst wenn eine längere Rezession verhindert würde, blieben die tiefer gehenden Strukturprobleme bestehen. Sie können nur durch eine wirtschaftliche Konversion, eine Umstellung vom Hyperexport auf mehr Inlandsnachfrage bewältigt werden.

Dazu reicht es nicht, die wirtschaftliche Mobilisierung nur als ein technisches Problem anzusehen, das dadurch zu lösen ist, dass Konsumenten und Staat „mehr Geld in die Hand nehmen“, wie es heißt. Es muss vielmehr in den Umbau der Erwerbsstruktur als ganzer investiert werden. Die bisher dominierten wirtschaftlichen und öffentlichen Akteure müssen durch eine Neuverteilung der Kar-

ten, einen New Deal, als Gegenmächte gestärkt werden. Sie müssen nicht als parasitäre Subventionsempfänger, sondern als wirtschaftliche Produktivkräfte verstanden werden, die das Geld nicht als verlorenen Transfer, sondern als produktive Investition in eine sich selbst tragende Dynamik der Gesamtwirtschaft nutzen.

Wie eine solche Konversion durch Gegenmächte aussehen kann, lässt sich an den Wegen sehen, auf denen die von der großen Depression der 1930er Jahre betroffenen Länder in einen neuen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsschub gelangt sind.

□ 2. Die Akteure des historischen New Deal

» Wer die Konflikte um die Entwicklungsalternativen des Kapitalismus in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 studiert, wird rasch feststellen, dass diese Kämpfe nicht zwischen den Klassen als ganzen, zwischen den geeinten Interessen des Kapitals und den geeinten Interessen der Arbeiterklasse ausgefochten wurden. Entscheidend war, dass es Interessenkoalitionen über die Klassengrenzen hinaus gab. Innerhalb jeder Klasse standen sich kurzfristig und langfristig denkende „Fraktionen“ gegenüber. Erst nach barbarischen Umwegen und einem weiteren Weltkrieg haben sich die langfristig denkenden Klassenfraktionen beider Seiten durchgesetzt und schließlich in allen fortgeschrittenen Ländern gemeinsam ein ausgleichendes Sozialmodell entwickelt, in dem die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen und die sozialen Staatsausgaben wachsen sollten, um genügend Nachfrage nach Gütern, Dienstleistungen und Arbeitskräften zu schaffen.

Hauptträger der langfristigen Perspektive (die heute unter dem Namen „Nachhaltigkeit“ wiederkehrt), waren die großen Kapitalgesellschaften und die großen Gewerkschaften. Ihr Weitblick war nicht das Ergebnis weiser Einsicht oder der Lektüre von Keynes. Er war das Ergebnis des dumpfen Drucks ganz untheoretischer institutioneller Not-

wendigkeiten, der „institutional rigidities“, wie es keynesianische Ökonomen nennen. Ihr ökonomisches und organisatorisches Kapital in der Realwirtschaft war zu groß und zu risikofähig, als dass es ein rasches, trägheitsfreies und flexibles Reagieren auf Marktschwankungen erlaubte (wie dies der Logik der Börsenspekulation entsprochen hätte). Aus dem Interesse an langfristigen, kalkulierbaren Bedingungen drängten sie nach 1929 die Einflüsse des spekulativen Aktionärskapitals, das kurzfristig und risikofreudig handeln kann, zurück. Da kamen die keynesianischen Theorien gerade recht.

Das sozialpolitische Konzept der neuen hegemonialen Interessenkoalition, der von Großorganisationen kontrollierte Wohlfahrtsstaat, war in sich widersprüchlich. Einerseits stabilisierte es den Kapitalismus, indem er die ihm innewohnenden Risiken der Nachfrage- und Kapitalvernichtung und explosiver Klassegegensätze bremste. Andererseits stärkte es auch die Chancen der gewerkschaftlichen Gegenmacht durch Erweiterung der Rechte der ArbeitnehmerInnen auf Schutz und auf Mitbestimmung. Ein Beispiel dafür war der amerikanische New Deal der 1930er Jahre, der die Karten der Akteursgruppen neu verteilte. Ein anderes Beispiel war der gleichzeitig entstehende schwedische Wohlfahrtsstaat.

Die Regulierungsmechanismen des „organisierten Kapitalismus“, der nun den „Laissez-faire-Kapitalismus“ ablöste, stärkten die Rechts- und Verhandlungsposition der schwächeren Marktparteien und Sozialgruppen aber nur ein Stück weit. Sie bezogen überall die Gewerkschaften ein, bis zu einem gewissen Grade auch die mittleren und kleinen Unternehmen sowie die Kommunen und Regionen, in geringerem Maße aber die Frauen, die Alten und die Zuwanderer und nur sehr minimal die gering qualifizierten, unterprivilegierten Klassenmilieus. Der Kreis der Akteure, die an den wohlfahrtsstaatlichen Arrangements teilhaben konnten, war nach Ländern verschieden groß, je nach den Machtverhältnissen, die sich auf ihren verschiedenen „nationalen Entwicklungspfaden“ historisch herausgebildet hatten (Esping-Andersen). Am größten war

die Reichweite sozialer Integration auf dem „skandinavischen Pfad“, der sozialdemokratischen Variante des Wohlfahrtsstaats, die u.a. die Frauen und Unterprivilegierten entschiedener gleich stellte. Geringer war sie in der konservativ-kontinental-europäischen Variante, die z.B. am Alleinverdienermodell der patriarchalischen Familie und an der stigmatisierenden Sozialfürsorge festhielt. Am geringsten war er im angelsächsisch-liberalen Wohlfahrtsstaat, in dem die sozialen Risiken nur minimal und eher privat als öffentlich abgesichert waren.

Gleichwohl erkämpften die Gewerkschaften in den Wachstumsjahren bis nach 1970 ein Aufrücken der arbeitenden Klasse in Standards der sozialen Mitte, die zuvor den „besseren Angestellten“ und dem „Kleinbürgertum“ vorbehalten gewesen waren. Dies waren Standards nicht nur des Konsums und der Einkommen, sondern auch der Gesundheit, der Bildung und der ökonomischen Schutz- und Mitwirkungsrechte. Die Mittelschicht wurde arbeitnehmerisch, aber mit gesichertem Sozialstatus. Diese Sicherheit steht seit der neoliberalen Wende sozialdemokratischer Führungen heute wieder auf dem Spiel.

□ 3. Zwei Herausforderungen: „Achtundsechziger“ und „Neoliberale“

Die Unterschiede der nationalen Integrationsreichweiten verwiesen von Beginn auf die Schwachstelle des Modells. Es vernachlässigte die schwächer organisierten Interessen, die erst seit Ende der 1970er Jahre ihren Aufschwung nahmen. Das Aushandlungssystem funktionierte als Kartell der „starken Interessen“ und über das „korporative Dreieck“ zwischen (Groß-)Unternehmen, (Groß-)Gewerkschaften und (Zentral-)Staats-exekutive. Damit funktionierte es auch neben der parteipolitisch-parlamentarischen Willensbildung. Dies hatte auch Vorteile: Wichtige Grundlegungen des historischen Sozialmodells der BRD sind von gewerkschaftlichen Bewegungen bis in die frühen sechziger Jahre direkt erkämpft worden, als die SPD noch nicht Regierungspartei war. Nicht alle

Gewerkschaften waren erstarrte Organisationen. Viele entwickelten eine hohe Mobilisierungskraft. Dies galt wieder besonders für die IG Metall. In ihren großen Streiks nach 1945 ging es keineswegs immer und nur um materielle Umverteilung, sondern um „postmaterielle“ Ziele (die bürgerliche Denker zu Unrecht bei den Gewerkschaften vermissen). Es ging um Partizipation, Gegenmacht und Lebensqualität, die rechtlich und/oder vertraglich institutionalisiert wurden: Mitbestimmung, Betriebsräte, individuelle Rechte, Vierzigstundenwoche und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Die IG Metall gehörte zu denjenigen Gewerkschaften, die gerade die moderne „Klassenfraktion“ repräsentierte, d.h. die weniger konservativen Teile der arbeitenden Klassen, denen es schon nach dem Arbeitsethos ihrer Berufsmilieus vor allem um Autonomie geht, d.h. um eine Selbstbestimmung, die sich durch gute Ausbildung und Arbeit, Solidarität und Achtung vor den anderen, unabhängig von Geschlecht, Alter und ethnischer Herkunft, definiert. Diese Politik wurde getragen von der klassischen Facharbeiterintelligenz und dem aus ihr stammenden Vorsitzenden, Otto Brenner, der die Kämpfe um partizipatorische Gegenmacht inspiriert hatte.

Der nächsten Generation allerdings, die sich in den sozialen Bewegungen der 1960er Jahre engagierte, reichte diese Politik der Großorganisationen nicht aus. Der korporative Konsensus wurde herausgefordert durch den Aufstieg neuer „postmaterialistischer“ Bewegungen für ökologische und soziale Nachhaltigkeit, für die Gleichstellung von Frauen und MigrantInnen und für die Verbraucherinteressen. Sie verlangten nicht nur die stärkere Repräsentation ihrer Interessen, sondern auch ihre eigene direkte Mitwirkung im betrieblichen und lebensweltlichen Alltag: eine *partizipatorische Demokratie*. Der Druck, den diese neu mobilisierten sozialen Gruppen von außen und auch von innen ausübten, führte bei einigen Großorganisationen zu einer rigorosen Abwehr, bei anderen zu einer zögerlichen Öffnung gegenüber den neuen sozialen Bewegungen. Besonders die moderneren und jüngeren Milieus sahen sich von und in den Großorganisationen nicht mehr hinreichend reprä-

sentiert. Das auffälligste Symptom dieser „Krise der politischen Repräsentation“ war die Lockerung der Bindung der Mitglieder an Parteien, Verbände, Kirchen und Gewerkschaften.

Gleichzeitig gerieten die Großorganisationen an einer anderen Front in die Defensive. Der korporative Konsensus wurde durch neokonservative und neoliberale Gegenkräfte herausgefordert, die in den „68er Bewegungen“ eine bedrohliche Gefahr für Recht und Ordnung sahen, die Bestrebungen einer direkteren demokratischen Partizipation neutralisieren und zugleich die nach 1929 verlorene internationale Hegemonie des Finanzmarktkapitals wieder herstellen wollten. Unter diesem langfristig aufgebauten Druck wandelten sich nicht wenige führende rot-grüne Politiker zu Vertretern sozialdemokratischer und grüner Varianten des Neoliberalismus, symbolisiert von der „Agenda 2010“ und „Hartz IV“.

Damit gerieten sie erst recht in die „Repräsentationskrise“, mit horrenden Verlusten an Mitgliedern und WählerInnen und im Jahre 2005 auch der Abwahl der rot-grünen Koalitionsregierung. Diese führten aber nicht zu einem Umlenken. Nicht einmal die am 15. September 2008 ausgelöste Finanzmarktkrise, die das Fiasko der neoliberalen Deregulierungspolitik allen offenkundig machte, bewirkte dies. Erst der wachsende Druck aus dem inneren und dem internationalen Feld der Akteure führte zu etwas Bewegung. Ein New Deal, in dem die Kräfteverhältnisse zwischen den Akteuren neu verteilt werden, ist noch nicht in Sicht, wird aber versucht. Es ist daher sinnvoll, die Veränderung des Akteursfelds direkter ins Auge zu fassen, insbesondere der sozialen Klassen, da diese gleichzeitig das wirtschaftliche und das politische Subjekt der Gesellschaft sind.

□ 4. Sozialstruktur: Berechenbare Entwicklungstrends?

Genau genommen sind die Gruppen des Erwerbssystems, die sog. Erwerbsklassen nach Max Weber, nicht völlig deckungsgleich mit den Gesellschaftsklassen. Denn diese hängen ja nicht nur ökonomisch, sondern auch durch eine bestimmte Kultur und Milieubildung im Alltagsleben zusammen. Nur ein Teil der Milieugehörigen ist überhaupt erwerbstätig. Doch wer es ist, gehört in der Regel einem für das Klassenmilieu „typischen“ größeren Berufsfeld an, auf das Bildungswege, Lebenswege und Lebensführung von Kindheit an ausgerichtet werden. Berufsfeld und Lebensführung sind immer noch nachhaltig, wenn auch oft flexibel, miteinander verknüpft. Es ist nach wie vor sinnvoll, von der Berufsstruktur als einem Hauptanker der Klassenzugehörigkeiten auszugehen.

Allerdings kommt es darauf an, diese Berufsfelder auch sinnvoll abzugrenzen und als Teile der Gesamtgliederung und der sozialen Arbeitsteilung einander zuzuordnen. Das fortgeschrittenste – und transparenteste – Modell dafür ist das des schweizerischen politischen Soziologen Daniel Oesch (s. Abb. 1/2). Durch klarere Gliederung gelangt er zu Gruppen, die in sich homogener sind und deren Handeln und Entwicklung daher besser vorausgesagt werden kann.

So wurden „die Dienstleistungen“ (ähnlich wie „die Angestellten“) bisher als ausgesprochen heterogene Misch- und Restkategorie gehandhabt, in der kaufmännische, technische und humandienstleistende Berufe aller Art zusammengewürfelt waren. Man hatte damit zwar eine enorm wachsende Großgruppe, mit der man das „Ende der Industriegesellschaft“ dramatisch beschwören konnte. Eine eindeutige Entwicklungsrichtung konnten die Theoretiker der „postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft“ jedoch auf Grund der Verschiedenartigkeit der Gruppen nicht angeben. Oesch zerlegte die bisherigen Mischgruppen in siebzehn in sich relativ homogene „Erwerbsklassen“ und ordnete sie neu auf zwei logischen Achsen

an. Vertikal werden sie vier Stufen des Qualifikations- und Machtrangs zugeordnet, horizontal den vier nach Funktion und vorherrschender Arbeitslogik definierten Sektoren (Abb. 1).

Auf den beiden Achsen lassen sich die wichtigen Bewegungen und Trends des „Gesamtarbeiters“, wie Marx es nannte, darstellen. Allerdings müssen wir, wie Esping-Andersen fordert, die Arbeit außerhalb des Erwerbssystems, insbesondere die Familienarbeit, hinzunehmen, da diese einen engen Wirkungszusammenhang mit der Arbeitsteilung im Erwerbssystem hat. Es sind gerade die traditionellen „Frauenarbeiten“, die in bestimmten Wohlfahrtsstaaten aus den Familien in die Humandienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Soziales) verlagert werden, also wachsende neue Beschäftigungsfelder auf dem Arbeitsmarkt schaffen.

Nach dem Modell von Oesch lässt sich die Entwicklung der Erwerbsstruktur und damit der Klassenstruktur mittels der internationalen Berufsgruppenstatistik transparent machen, wobei die geschlechtliche Arbeitsteilung wenigstens durch die Frauenanteile je Berufsgruppe (Abb. 1) abgebildet wird. Die Daten entstammen dem repräsentativen Deutschen Sozioökonomischen Panel (GSOEP), einer großen Stichprobe von etwa 20.000 Personen aus etwa 10.000 Haushalten, die an jährlichen Wiederholungsbefragungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) teilnehmen. Gut 7.000 von ihnen sind erwerbstätig. Die übrigen Teilnehmenden können den Haushalten der Erwerbstätigen bzw. einer früher ausgeübten Erwerbstätigkeit zugeordnet werden. In anderen Ländern werden vergleichbare Paneluntersuchungen durchgeführt.

Unsere Abbildungen zeigen dieses Gesamtbild einmal als Ländervergleich (Abb. 1) und einmal als Zeitreihe (Abb. 2). Zusätzliche Differenzierungen aus einer laufenden Untersuchung werden hier nur indirekt herangezogen, da ich mich hier auf die großen Entwicklungen beschränken muss.

Abb. 1: Nationale Pfade der Differenzierung des Erwerbssystems
 Gliederung und Größe (in %) der siebzehn Berufsfelder nach Oesch (2006) im Ländervergleich: **Deutschland** (2000) - **Schweden** (2000) - **Vereinigtes Königreich** (1999). - (Frauenanteile in % der jeweiligen Kategorie in Klammern). Besonders hohe Prozentwerte sind **fett** hervorgehoben.

Qualifikationsrang	Arbeitnehmer									Selbstständige					
	Interpersonelle Arbeitslogik			Technische Arbeitslogik			Organisatorische Arbeitslogik			Selbstständige Arbeitslogik					
	∑ 26,9 (61)	33,1 (71)	25,7 (65)	∑ 36,1 (15)	30,2 (19)	27,1 (17)	∑ 27,2 (54)	21,8 (57)	35,6 (51)	∑ 9,9 (30)	14,9 (33)	11,5 (21)			
Professionen (Berufe mit Hochschulausbildung: 'akademische Berufe')	Soziokulturelle Experten (Höhere Bildungs-, Medizin-, Kultur- und Publizistikberufe)			Technische Experten (Ingenieur-, Informatik- und Architekturberufe)			Oberes Management (Höhere Verwaltungs-, Finanz- und Vermarktungsberufe)			Freie Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte usw.)			Grosse und mittl. Unternehmer (Industrie, Handel, Finanzen)		
∑ 19,3 21,9 23,8	4,8 (51)	5,1 (51)	4,4 (58)	4,5 (14)	5,9 (25)	3,8 (16)	7,3 (30)	7,7 (42)	12,2 (33)	2,2 (22)	2,0 (21)	1,6 (31)	0,5 (14)	1,2 (23)	0,8 (35)
Semiprofessionen (Berufe mit Fachausbildung: 'halbakademische Berufe')	Soziokulturelle Semiprofessionen (Erziehungs-, Sozialarbeits- und Therapiefachberufe)			Technische Fachleute (Computer-, Elektro- und Überwachungstechniker)			Unteres Management (Verwaltungs-, Buchhaltungs- und Rechtsberufe)			Kleingewerbe mit Beschäftigten (Handel, Handwerk, Gastronomie, Landwirtschaft)					
∑ 22,8 25,5 19,7	6,7 (75)	7,9 (80)	5,9 (80)	4,9 (27)	6,0 (28)	3,6 (35)	8,1 (58)	8,2 (52)	7,5 (47)	3,1 (28)	3,4 (33)	2,7 (21)			
Lehrberufe (Berufe mit Fachlehre – 'skilled employees')	Qualifizierte Dienstleistende (Verkaufs-, Ordnungs-, Gastronomie-, Pflege-, Betreuungs- und Schönheitsberufe)			Qualifizierte Facharbeiter und Fachhandwerker (Facharbeiter-, Elektro-, Mechaniker- und Handwerksberufe)			Qualifizierte Büro- und Verwaltungsfachkräfte (Büro-, Finanz- und Sekretariatsfachkräfte)			Kleingewerbe ohne Beschäftigte (Handel, Handwerk, Gastronomie, Landwirtschaft)					
∑ 30,5 29,6 33,8	4,3 (47)	9,4 (74)	6,1 (54)	13,1 (6)	8,6 (9)	9,9 (7)	9,0 (65)	3,2 (95)	11,4 (69)	4,1 (37)	8,4 (36)	6,4 (17)			
Angelernte (gering qualifizierte bzw. ungelernete Arbeitskräfte – 'routine employees')	Gering qualifizierte Dienstleistende (Verkaufs- und Dienstpersonal)			Gering qualifizierte Arbeiter in Produktion und Transport			Gering qualifizierte Arbeiter in Land- und Forstwirtschaft			Gering qualifizierte Verwaltungskräfte (Kassierer-, Büro-, Boten- und Lagerberufe)			./.		
∑ 27,5 23,1 23,8	11,1 (62)	10,8 (73)	9,3 (67)	12,0 (20)	9,0 (18)	8,9 (23)	1,6 (26)	0,6 (10)	1,1 (6)	2,8 (68)	2,7 (74)	4,5 (60)			

↳ Zuordnung der Berufsgruppen (nach dem vierstelligen ISCO-Klassifikationssystem von 1988) zu den 17 Erwerbsklassen im Modell der horizontalen und vertikalen Aufgliederung der Berufsstruktur von Daniel Oesch (Coming to Grips with a Changing Class Structure, in: International Sociology, 21. Jg., 2006, H. 2). Datenbasis: Deutschland GSOEP 2000; Schweden LNU 2000; Großbritannien BHPS 1999. Aus: M. Vester/C. Teiwes-Kügler/A. Lange-Vester, Die neuen Arbeitnehmer, Hamburg 2007, S. 59.

Abb. 2: Abnahme der Facharbeiter und Fachangestellten und Zunahme der Hochqualifikation in den Arbeitnehmerberufen der BRD von 1990 bis 2007

- Verschiebungen zwischen den drei Sektoren der Arbeitnehmerberufe (Angaben des Anteils an allen Erwerbspersonen in der Kopfzeile)
- Verschiebungen innerhalb jedes Sektors zwischen den vier vertikalen Qualifikationsstufen (Angaben des Anteils am jeweiligen Sektor bei den Berufsgruppen)
- Vergleichszahlen der Qualifikationsstufen im technisch-industriellen Sektor: Schweden im Jahr 2000

	BRD (1990 bis 2007)	BRD (1990 bis 2007)	BRD (1990 bis 2007)	Schweden (2000)
Qualifikationsrang (nach am Arbeitsplatz erforderlichem Ausbildungsabschluss)	Interpersonelle Arbeitslogik (Humandienstleistungen) Sektor insgesamt: Zunahme von 23,6% auf 27,9% aller Erwerbspersonen (+ 4,3%)	Technische Arbeitslogik (industriell, ohne Landwirtschaft) Sektor insgesamt: Abnahme von 42,6% auf 32,3% aller Erwerbspersonen (- 10,3%)	Organisatorische Arbeitslogik (private und öffentliche Verwaltung) Sektor insgesamt: Zunahme von 24,9% auf 27,6% aller Erwerbspersonen (+ 2,7%)	Technische Arbeitslogik (industriell, ohne Landwirtschaft) Sektor insgesamt: 29,4% aller Erwerbspersonen
Professionen (Berufe mit Hochschulausbildung: 'akademische Berufe')	Soziokulturelle Experten (Höhere Bildungs-, Medizin-, Kultur- und Publizistikberufe) 16,1% → 17,6% (+ 1,5%)	Technische Experten (Ingenieur-, Informatik- und Architekturberufe) 10,3% → 17,6% (+ 7,3%)	Oberes Management (Höhere Verwaltungs-, Finanz- und Vermarktungsberufe) 24,5% → 28,6% (+ 4,1%)	Technische Experten 20,1%
Semiprofessionen (Berufe mit Fachausbildung: 'halbakademische Berufe')	Soziokulturelle Semiprofessionen (Erziehungs-, Sozialarbeits- und Therapiefachberufe) 21,2% → 32,6% (+ 11,4%)	Technische Fachleute (Computer-, Elektro- und Überwachungstechniker) 14,1% → 14,1% (+ 0%)	Unteres Management (Verwaltungs-, Buchhaltungs- und Rechtsberufe) 29,3% → 30,1% (+ 0,8%)	Technische Fachleute 20,4%
Lehrberufe (Berufe mit Fachlehre – 'skilled employees')	Qualifizierte Dienstleistende (Verkaufs-, Ordnungs-, Gastronomie-, Pflege-, Betreuungs- und Schönheitsberufe) 45,8% → 33,3% (-12,5%)	Qualifizierte Facharbeiter und Fachhandwerker (Facharbeiter-, Elektro-, Mechaniker- und Handwerksberufe) 48,8% → 40,1% (-8,7%)	Qualifizierte Büro- und Verwaltungsfachkräfte (Büro-, Finanz- und Sekretariatsfachkräfte) 34,1% → 30,4% (-3,7%)	Qualifizierte Facharbeiter und Fachhandwerker 29,3%
Angelernte (gering qualifizierte bzw. ungelernete Arbeitskräfte – 'routine employees')	Gering qualifizierte Dienstleistende (Verkaufs- und Dienstpersonal) 23,6% → 27,9% (+4,3%)	Gering qualifizierte Arbeiter in Produktion und Transport 26,8% → 26,6% (- 0,2%)	Gering qualifizierte Verwaltungskräfte (Kassierer-, Büro-, Boten- und Lagerberufe) 12,0% → 10,9% (- 1,1%)	Gering qualifizierte Arbeiter 30,6%

⇒ Zuordnung der Berufsgruppen (nach dem vierstelligen ISCO-Klassifikationssystem von 1988) zu den Erwerbsklassen im Modell der horizontalen und vertikalen Aufgliederung der Berufsstruktur von Daniel Oesch (Coming to Grips with a Changing Class Structure, in: International Sociology, 21. Jg., 2006, H. 2). Eigene Berechnungen auf der Datenbasis: des Sozioökonomischen Panels der BRD (GSOEP) 1990 und 2007 und Schweden (LNU) 2000 – Lesebeispiel: Von 1990 bis 2007 verringerten sich der Anteil der technisch-industriell tätigen Arbeitnehmer an den Erwerbspersonen der BRD um 10,3%; innerhalb dieser Kategorie nahmen die Facharbeiter usw. um 8,7% ab und die Ingenieure usw. um 7,3% zu, der Anteil der beiden anderen Gruppen blieb gleich.

□ 5. Hochqualifikation und Rückgang der Industriebeschäftigung

» Die berufliche Sozialstruktur ist in den hoch entwickelten Ländern grundsätzlich ähnlich, variiert aber in charakteristischen Spielräumen (Abb. 1). Die Ähnlichkeit ist eher durch die ökonomische Vernetzung bedingt, die Verschiedenheit eher von den jeweiligen politischen „Pfad“ abhängig. Überall haben die vier Qualifikationsstu-

zent und knapp 24 Prozent. Diese Zahlen sind der Beweis für eine gerade unter dem Druck der internationalen Konkurrenz anhaltend zunehmende berufliche Spezialisierung und Höherqualifizierung: die Kompetenzrevolution.

Um was für einen Trend handelt es sich dabei, und wie verträgt er sich mit der andernorts, aber gleichfalls mit den Daten dieses Panels festgestellten Prekarität?

Die Kompetenzrevolution unter kapitalistischem Vorzeichen hat vor allem ein erhebliches Schrumpfen der Beschäftigung im industriell-technischen Sektor nach sich gezogen. Von 1990 bis 2007 hat sie sich in Deutschland von 42,6 Prozent auf 32,3 Prozent aller Erwerbstätigen verringert (Abb. 2). Dieser Schwund ist, wie wir in einer vertiefenden Studie berechnet haben, auf ein enormes Schrumpfen der Gruppe der industriellen FacharbeiterInnen und FachhandwerkerInnen zurückzuführen, sie ist von 20,8 Prozent auf 13,2 Prozent aller Erwerbstätigen, also um ein Drittel gesunken. Dies beruht aber nicht auf einer Abwanderung zu den Geringqualifizierten. Diese haben ebenfalls abgenommen, von 11,4 Prozent auf 8,6 Prozent, also um ein Viertel.

Die Zahlen sind nicht Ausdruck des Bedeutungsverlustes, sondern der erheblich steigenden Kompetenz- und Produktivitätsniveaus der Industrie der BRD. Innerhalb des geschrumpften technisch-industriellen Sektors nehmen die Anteile der Hochqualifikation erheblich zu (Abb. 2). Die Geringqualifizierten stagnieren seit 1990 bei einem Viertel der industriell Arbeitenden. Die FacharbeiterInnen bilden mit rund 40 Prozent immer noch die bei weitem größte Teilgruppe des Sektors. Sie sind anteilmäßig kein „Auslaufmodell“, auch wenn dieser Anteil 1990 noch 8,7 Prozent größer war. Zugenommen haben dafür die Höherqualifizierten – allerdings nicht die FachtechnikerInnen (mit gleich bleibend 14,1 Prozent), sondern die IngenieurInnen und InformatikerInnen mit Hochschulabschluss, mit einem eindrucksvollen Anstieg um 7,3 Prozent auf 17,6 Prozent.

fen ähnliche Proportionen. Die FacharbeiterInnen und Fachangestellten bilden mit mehr oder minder 30 Prozent aller Erwerbstätigen noch die größte Gruppe. Sie sind auch zahlreicher als die An- und Ungelernten, die gleichwohl um 25 Prozent liegen. Beide zusammen bilden die Mehrheit der Erwerbstätigkeiten, aber nur noch knapp, und beide schrumpfen sogar (vgl. Abb. 2). Entsprechend sind die beiden oberen Gruppen der Hierarchie größer geworden als sie es je in der Geschichte des Kapitalismus waren. Die Semiprofessionen, die gewissermaßen ‚halbakademischen‘ Berufe, umfassen bereits zwischen knapp 20 Prozent und gut 25 Prozent. Die Professionen, die Berufe mit ‚vollakademischem‘ Hochschulabschluss, sind fast gleich groß geworden, nämlich zwischen knapp 20 Pro-



Foto: www.istockphoto.com; © Catherine Yeulet

□ 6. Das bisherige Produktionsmodell als Entwicklungsbremse

Im internationalen Vergleich ist diese Entwicklung allerdings sehr deutlich gebremst, wie ein Vergleich mit Schweden zeigt. Dort ist die Entwicklung zur Hochqualifikation bedeutend weiter. Die beiden hoch qualifizierten Gruppen bildeten 2000 in Schweden zusammen 40,5 Prozent, in Deutschland nur 27,2 Prozent der Beschäftigten des Sektors (berechnet nach Abb. 1). Es gibt nicht nur mehr IngenieurInnen und InformatikerInnen, auch der Anteil der fachgeschulten TechnikerInnen, der in Deutschland stagniert, ist höher (Abb.1/2). Entsprechend ist der Anteil der beiden unteren Qualifikationsgruppen in Schweden deutlich niedriger.

Um es zusammenzufassen: Unter dem Druck der internationalen Konkurrenz nimmt auch in der BRD das Qualifikationsniveau im technisch-industriellen Sektor anhaltend und stark zu. Dies war mit einer starken Erhöhung der Produktivität verbunden, wie es die von 1990 bis 2007 ebenfalls stark expandierenden Exporte beweisen. Aber diese Erfolge verdecken zwei Probleme:

- Die Entwicklung der BRD zur Hochproduktivität und Hochqualifikation bleibt gegenüber anderen Spitzenländern um ein Drittel zurück. Es ist also sehr gut begründet, wenn GewerkschaftsvertreterInnen in der jetzigen Krise eine Politik fordern, die die Umstellung auf Hochtechnologie, auf hochentwickelte neue Produkte für den Binnenmarkt fördert und mehr Chancen eröffnet, an höheren Bildungs- und Ausbildungswegen teilzunehmen.
- In jedem Falle, ob gebremst oder mehr gefördert, ist diese Entwicklung verbunden mit einer Abnahme der ArbeitnehmerInnen im industriell-technischen Sektor, denen bislang keine akzeptable Beschäftigungsalternative geboten wird. Den freigesetzten ArbeitnehmerInnen wird heute der Status einer Reservearmee von prekär Beschäftigten angeboten, die, nach ihrer Entlassung in der Krise, hauptsächlich nur auf einen

neuen Exportboom nach der Krise verwiesen werden. Ist dies die Dauerlösung, die mit dem Mythos der ewigen Exportweltmeisterschaft anvisiert wird?

Auch hier lohnt es sich, auf die Alternative zu blicken, die auf dem skandinavischen Pfad entwickelt worden ist: die ungehinderte Entwicklung der Humandienstleistungen. Unser internationales Vergleichsbild (Abb. 1) veranschaulicht es. In Schweden ist die Beschäftigung im technisch-industriellen Sektor um etwa sechs Prozent niedriger als in Deutschland, die Beschäftigung in den Humandienstleistungen um etwa den gleichen Prozentsatz höher. Sie lag 2000 in Schweden bei 33,1 Prozent, in Deutschland bei 26,9 Prozent. Offenbar kompensiert der Sektor der Humandienstleistungen den Beschäftigungsrückgang im technisch-industriellen Sektor.

Schauen wir genauer auf die Zahlen, so sehen wir noch eine andere Besonderheit der schwedischen Humandienstleistungen: Auf jeder der drei oberen Stufen der Qualifikation fanden mehr Menschen als in Deutschland Arbeit. Die Zahl war auf der Ebene der Fachberufe mit abgeschlossener Lehre sogar mehr als doppelt so hoch. Dies war nicht zuletzt ein Effekt des Gesundheitssystems, das viele Frauen, die sonst arbeitslos wären, als Krankenschwestern usw. beschäftigt und ihnen zusätzlich mehr Möglichkeiten bietet, sich über innerberufliche Weiterbildung auf die höheren Qualifikationsstufen des Sektors vorzubereiten.



Foto: www.istockphoto.com; © Alex Gumerov

□ 7. Konversion oder neue soziale Unruhe?

» Die Bremsung des Tertiärsektors hat, wie Hans-Peter Blossfeld errechnet hat, mit der Drosselung der Staatsausgaben schon unter Kanzler Schmidt begonnen; die Kostensenkungen sollten die industrielle Exportkraft des „Modells Deutschland“ erhöhen. Die Staats- und Konsumentennachfrage wurde gesenkt, um die Exporte zu verbilligen. Jetzt, da die weltweite Rezession die Exportnachfrage auf einem Sektor nach dem anderen einbrechen lässt, fehlt die ausgleichende Inlandsnachfrage. Denn die wirtschaftsliberale Sparpolitik hat zunehmend die Beschäftigtenzahl, die Gehälter und die Arbeitsqualität im Gesundheits-, Sozial-, Kultur- Bildungs- und Forschungssektor gesenkt. Durch den Grundsatz „billiger statt besser“ und den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften sind die Standards der Bildung, der Gesundheitsversorgung usw. zu Lasten der weniger privilegierten sozialen Schichten gesenkt worden. Die überlasteten Beschäftigten werden durch „Qualitäts“-Kontrollen zu mehr Leistung angetrieben. Fachfremde neue Kontrollbürokratien urteilen mit betriebswirtschaftlichen Kriterien über Leistungen, die nur mit der Fachkompetenz der Pädagogik, der Medizin, der Wissenschaft bzw. der Technologie beurteilt werden können. Der Preis ist schon lange die hohe politische Verdrossenheit der moderneren Milieus, die die Volksparteien viele Stimmen kostete.

Die Probleme der Humandienstleistungen und der Mangel an hochqualifizierten Fachkräften sind gut bekannt. Unabweisbar ist auch, dass die Regierung für die wirtschaftliche Wiederbelebung „Geld in die Hand nehmen“ muss. Da wäre doch ein Programm möglich, das den lange nötigen Investitions- und Beschäftigungsschub im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsektor, die Stärkung der sozial Schwachen, die ökologische Technologiewende und die Mobilisierung der Bevölkerung miteinander verbindet. Stattdessen wird die hilflose „Know-nothing“-Politik fortgesetzt.

Ein weiterer Autoritätsverfall der Regierenden ist mit der Fortdauer der Krise vorprogrammiert. Zu der Unruhe der Belegschaften, die bereits an zahllosen Orten mit gewerkschaftlicher und regionalpolitischer Unterstützung demonstrieren, können dann bald auch Bewegungen kommen, in denen sich die modernen, gut ausgebildeten Dienstleistenden des Bildungs, Gesundheits- und Sozialsektors stärker beteiligen.

Insgesamt ist die Zunahme der Forderungen zu beobachten, dem unter dem Neoliberalismus erstarkten Chefprinzip wieder mehr institutionelle Mitbestimmung und direkte Partizipation entgegenzusetzen. Aus den Erfahrungen der sechziger Jahre wissen wir, dass auf lokale Bewegungen auch übergreifende Bewegungen folgen können, die sich nicht mehr auf lokale Ziele der Beschäftigungssicherung beschränken. Die lähmende Fessel der Resignation und Apathie kann auch, wie immer wieder geschehen, an ihrer schwächsten Stelle reißen, bei der jüngeren Generation, die ihre Hoffnung auf eine Zukunft verraten sieht. Die lang anhaltenden griechischen Jugendunruhen von 2008 auf 2009 waren dafür eine Mahnung. ■



Foto: www.pixelio.de; © Christian Opitz

☞ Dr. phil. Michael Vester, geb. 1939 in Berlin, ist Professor i.R. an der Leibniz Universität Hannover und forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen. Letzte Buchveröffentlichung: Die neuen Arbeitnehmer (m. C. Teiwes-Kügler u.A. Lange-Vester), m.e. Vorwort von Berthold Huber, Hamburg 2007.

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:
112 Seiten, 8,50 €
Jahresabo: 45,00 €
Ermäßigt: 30,00 €

Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu

60 Jahre NATO – Es reicht!

60 Jahre NATO – Es reicht! **Peter Strutynski**
Der Aufstieg: Deutschland und die NATO
Arno Neuber | NATO und Kolonialismus
Ernst Woit Die Welt in der Krise **Klaus
Wagener** | Das Krebsgeschwür NATO und
die Antwort der Menschheit **Emile
Scheppers/USA** | Zur Geschichte und Funk-
tion des NATO-Russland-Rats **Willi Gerns**
Sechzig Jahre NATO sind sechzig Jahre
zuviel **Toon Nagtegaal/NL** | Die soge-
nannte Münchner Sicherheitskonferenz –
Alter Hut auf neuen Köpfen **Walter Listl**
Auf der empirischen Suche nach der
Arbeiterklasse in der BRD – Vorläufige
Ergebnisse **Jörg Mieke** | Arbeiterklasse/
arbeitende Klasse in Deutschland Überle-
gungen zur Marxschen Klassentheorie
nach 160 Jahren Manifest **Ekkehard
Lieberam**

Bestellung bei Neue Impulse Versand
Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4
E-Mail: Neueimpulse@aol.com



NEUE IMPULSE VERLAG

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

PROKLA 154

Mit Steuern steuern

2009 - 174 S. - € 12,00



»(Die PROKLA) gehört
sicher zu den spannendsten
deutschen Zeitschriften im
Grenzbereich von Politik
und Sozialwissenschaft.«

Süddeutscher Rundfunk



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

SPD 2009 – Bereit für den neuen Fortschritt?

von Reinhold Rünker



Fotos: DL21, Archiv

» Das internationale kapitalistische System steht auf dem Prüfstand: ökonomisch, sozial, kulturell und letztlich hegemonial. Der Zusammenbruch des Casino-Kapitalismus und als dessen Resultat die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich zur tiefsten Rezession der letzten achtzig Jahre ausgeweitet. Und vergessen wir nicht: Die ökologische Uhr zeigt für viele ExpertInnen schon lange nach zwölf. Gleichzeitig erleben wir den ungebremsten Hunger von Millionen Menschen in den aufstrebenden Regionen dieser Welt nach dem ihnen zustehenden Anteil an der weltweiten Reichtumsproduktion. Schließlich: Die Menschen in den vielen Krisenregionen dieser Welt, den ökonomisch und sozial abgehängten Regionen, deren Ruf nach einem menschenwürdigen Leben im allgemeinen medialen und politischen Gewitter unserer Wohlstandsgesellschaften untergeht.

Wir erleben derzeit eine weitere Phase des kapitalistischen Transformationsprozesses. Eine neue Epoche kapitalistischer Regulation steht bevor – nicht jedoch der Zusammenbruch des Kapitalismus

als solchem. Mit der Krise des internationalen Casino-Kapitalismus sind auch dessen ideologischen Deutungs- und Mobilisierungskonzepte – etwa der Neoliberalismus, der Shareholder-Value, das „Privat-vor-Staat“ – in der Krise. Die Zeichen stehen auf Veränderung. Aber ob daraus Stimmen für eine sozialdemokratische und linke Politik werden, hängt eben auch davon ab, ob wir in der Lage sind, die Menschen zu überzeugen. Es kommt deshalb auch darauf an, dass die gesellschaftliche Linke nun neue Interpretationsmuster entwickelt, die ökonomisch sowie kulturell untermauert und tragfähig sind.

Vor diesem Hintergrund wirbt die Sozialdemokratie für einen neuen Fortschritt, für den Aufbruch in ein neues sozialdemokratisches Jahrzehnt. Das ist gut so, das ist richtig. Das erfordert aber auch eine glaubwürdige Ausrichtung der Programmatik und des politischen Handelns. Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut. Die Sozialdemokratie ist gefordert, den längst überfälligen Paradigmenwechsel weg von einem auf kurzfristigen Profit orientierten Finanzmarktkapitalismus hin zu einer neuen nach-

haltigen Weltwirtschaftsordnung konzeptionell zu entwickeln und politisch ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Themen wie Wirtschaftsdemokratie, der soziale Aufstieg ganzer Bevölkerungsgruppen, die Regulation des Finanzmarktkapitalismus sowie Industrie- und Wirtschaftssteuerung sind neu zu stellen. Wir müssen weg von der ausschließlichen Exportorientierung der deutschen Wirtschaft. Wir müssen die eigenen ökonomischen Potenziale im Binnenmarkt entwickeln. Statt eines neoliberalen „weiter so“ müssen die fortschrittlichen Kräfte den Primat der Menschen über den ungezügelt Markt stellen. Das ist die Richtungsentscheidung am Beginn des Wahljahres 2009:

□ Der neue Fortschritt erfordert einen handlungsfähigen Staat

» Der neue Fortschritt erfordert die Verfügung über öffentliche Güter: Wir wissen, dass Märkte der gesellschaftlichen Regulierung – national, wie international – bedürfen. Auch sozialdemokratische Politik hat in den zurückliegenden Jahren vielfältige Erfahrungen mit der Privatisierung öffentlichen Vermögens und öffentlicher Dienstleistungen gemacht. Nicht alle Entscheidungen waren richtig, viele waren auch der ökonomischen Not geschuldet. Heute wissen wir: Der Staat muss nicht alles selbst leisten, aber er muss die Verfügung über öffentliche Güter für alle sicherstellen. Und er darf nicht davor zurückschrecken, dort neu gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, wo privatwirtschaftliches Handeln offenkundig versagt. Öffentliche Aufgaben müssen in die gesellschaftliche Verantwortung genommen werden – effizient und im Sinne der Gemeinschaft. Es ist deshalb notwendig, auf die Privatisierung der Deutschen Bahn AG zu verzichten – zugunsten eines öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, der eine echte Alternative zum Individualverkehr mit Auto oder Flugzeug darstellt.

Wir brauchen den staatlichen Zugriff auf die Energienetze, wenn die Energiewende Realität werden soll. Die aktuelle Finanzkrise zeigt zudem, dass wir einen öffentlichen Finanzsektor brauchen,

der eben nicht ausschließlich nach Renditegesichtspunkten handelt, sondern den gesamten ökonomischen Sektor, die regionalen und branchenspezifischen Bedürfnisse im Blick hat. Ein Staat ist in dem Maße handlungsfähig, wie er mit finanziellen Mitteln ausgestattet ist. Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache. Notwendig sind ein gesellschaftlicher Lastenausgleich sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Eine Schuldenbremse ist ökonomisch unsinnig und politisch gefährlich. Sie könnte das Ende jeder antizyklischen Wirtschaftspolitik bedeuten. Als SPD-Linke plädieren wir seit langer Zeit für einen „atmenden Haushalt“. Das wäre ein sozialdemokratisches Projekt, mit dem Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit von Politik wiedergewonnen werden kann.

Wir brauchen Handlungsfähigkeit im internationalen Maßstab. In der internationalen Finanzarchitektur ist die neoliberale Dominanz ungebrochen. Die Besetzungspolitik für diese Gremien kann nur durch die Demokratisierung der internationalen Strukturen verändert werden. Dazu ist es auch notwendig, die „Internationale der Beratungsgesellschaften“ zu brechen. Notwendig ist dafür eine erneuerte soziale europäische Union.

□ Der neue Fortschritt ist produktiv und schafft Werte

» Wir brauchen eine dritte industrielle ökologische Revolution. Der neue Fortschritt ist produktiv und schafft Werte. Wir gestalten die ökologische und soziale Dimension unserer Industriegesellschaft nachhaltig: Der Staat setzt als Pionier den Rahmen für neues Wachstum, indem er gezielt Innovationen für die Leitmärkte der Zukunft fördert, um die ökologische Krise zu überwinden und Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei ist der Maßstab des neuen Fortschritts nicht allein die quantitative Vermehrung von Werten, sondern ihr qualitativer Nutzen für die Gemeinschaft. Der neue Fortschritt setzt auf qualitativ hochwertige Güter und Dienstleistungen, er steht im Gegensatz zur Abwärtsspirale aus Niedriglohn und prekärer Beschäftigung. Er steht für gute Arbeit und

angemessene Entlohnung. Auch für die Beschäftigung im öffentlichen Sektor sollen Spielräume geschaffen werden – für mehr hochwertige Dienstleistungen, z.B. in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung.

Wir wollen eine Bildungspolitik, die Chancen für alle eröffnet. Dazu brauchen wir eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität. Wir wollen die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöhen. Wir brauchen mehr sozialpädagogische Fachkräfte, um frühzeitig auf die Gefahren, im Bildungssystem zu scheitern, reagieren zu können. Die geschaffenen Werte müssen neu umverteilt werden! Die Schere zwischen „arm“ und „reich“ ist in den letzten Jahren immer weiter auseinander gegangen. Die gleichmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist auch Voraussetzung für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung sowie für die persönliche Bereitschaft, durch eigenes Engagement in Bildung und Weiterbildung an der Produktion künftigen Reichtums mitzuwirken. Durch die Weiterentwicklung unseres Sozialstaats, etwa mit der Arbeitsversicherung oder der Bürgerversicherung, wollen wir die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Kultur der Sicherheit schaffen, in der sich die unterschiedlichen Persönlichkeiten entfalten können.

□ Der neue Fortschritt wagt Demokratie

» Der neue Fortschritt lebt von überzeugten Demokratinnen und Demokraten, die in ihrer Freizeit am Gemeinwohl mitwirken. Die solidarische Bürgergesellschaft beteiligt die Menschen an der Lösung der sie betreffenden Probleme. Deshalb wollen wir eine neue Politik der Mitgestaltung, der Mitwirkung im beruflichen und gesellschaftlichen Alltag: in den Betrieben und dem Lebensumfeld der Menschen, in den Quartieren und Bildungseinrichtungen und auf der Ebene der Kommunalpolitik. Der neue Fortschritt braucht die Lebendigkeit der Demokratie, die Reibung, aus der Neues entsteht, die Veränderung zum Besseren. Wir müssen wieder lernen, dass die Kontroverse,

der inhaltliche Streit Wesensmerkmal der Demokratie ist: „Durchregieren“ und der Vollzug von „Sachzwängen“ sind der Demokratie nicht nur wesensfremd, sondern zerstören auch jede Gemeinschaft. Eine demokratische Gesellschaft muss gleichwohl entscheidungsfähig sein. Eine Regierung muss für eigene Positionen werben, muss sie gesellschaftlich legitimieren und darf dies nicht durch den abstrakten Verweis auf „überdemokratische“ Zwänge delegieren. Erfolgreiches Regieren ist nicht die medial begleitete Exekution einer Entscheidung gegen alle Widerstände, sondern das Erreichen der Akzeptanz einer Entscheidung bei der Mehrheit der Menschen, die mit den Konsequenzen dieser Entscheidungen leben müssen. Regieren im neuen Zeitalter muss heißen, eine neue Kultur der politischen Auseinandersetzung zuzulassen und zu befördern. Die BürgerInnen müssen ihre bequemen Sessel verlassen. „Die Politik“ muss bereit sein, Foren zu bieten, sie muss eigene Positionen und Alternativen deutlich machen. Parteien müssen den Mut haben, sich zu unterscheiden – ohne dabei die notwendige Moderationsfähigkeit zu verlieren, die in künftigen Mehrparteien-Regierungen notwendig ist. Die „Öffentlichkeit“ muss sich der Mühe unterziehen, zwischen den unterschiedlichen Akteuren und ihren Interessen und Funktionen zu unterscheiden.

□ Probleme einer neuen hegemonialen Strategie

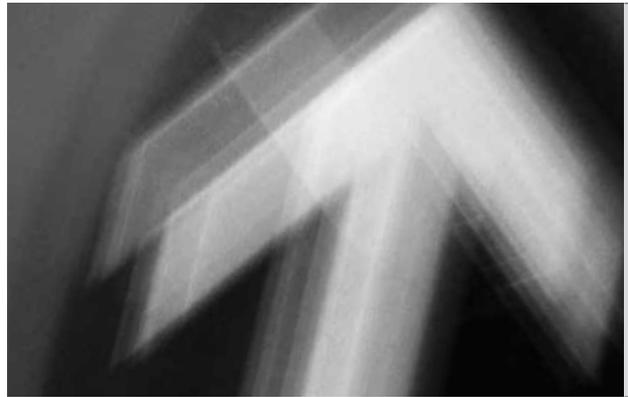
» Das wird ein Lernprozess sein, in dem auch deutlich wird, dass Demokratie ebenfalls in der vermachteten und privat dominierten Medienlandschaft auf die Tagesordnung gesetzt werden muss. Wer seine politische Kommunikation v.a. darauf konzentriert, BamS, Bild und Glotze zu gefallen, befördert zweifellos die Rückkehr des Menschen in eine selbstgenügsame Unmündigkeit. Eine solche Politik mochte in den 1990er Jahren punktuell funktioniert haben, heute ist sie geradezu reaktionär. Das gilt aber ebenso für das dünnhäutige Geschwurbel, das manche Elitebeflissene an den Tag legen. Ein hegemoniales Konzept der Linken muss am Alltagsbewusstsein, der Alltags-

erfahrung und der täglich erfahrbaren Gestaltungs- (ohn)macht der Menschen anknüpfen. Insoweit brauchen wir auch ein erneuertes Verständnis der politischen Akteure jenseits des politischen Technokraten einerseits oder des populistischen Volkstribuns andererseits. WählerInnen messen Politik am Handeln – ganz konkret, sei es vor Ort in der Kommunalpolitik, sei es auf Landes- oder Bundesebene. Sie messen es nicht nur an dem, was versprochen, sondern auch daran, was politisch durchgesetzt wird. Sie erwarten eine Perspektive, die ihre vielfältigen Lebensentwürfe sichert, ihre Zukunftsaussichten verbessert. Sie tun dies aber nicht abstrakt, sondern wollen dies mit Personen verbinden, die mit ihrer Leidenschaft, ihrer Kompetenz die Möglichkeit symbolisieren, ihre Erwartungshaltungen Wirklichkeit werden zu lassen.

Davon ist die gesellschaftliche Linke derzeit parteiübergreifend noch weit entfernt. Im Wahljahr 2009 muss aber deutlich werden, dass es um Richtungsentscheidungen geht – und wer dabei auf welcher Seite steht. Zudem gilt zu beachten, dass eine hegemoniale Struktur nicht allein durch Medien und Parteien formiert wird, sondern es eine Vielzahl weiterer gesellschaftlicher Gruppen gibt, die zu der Entwicklung eines neuen hegemonialen Bündnisses beitragen, sich dazu verhalten: z.B. die gesellschaftlichen Großgruppen wie Kirchen, Sozialverbände und Gewerkschaften, die alle noch immer über mehr Mitglieder verfügen als die Parteien selbst. Für eine alternative Hegemonie sind außerdem die wenig strukturierten, gesellschaftskritischen Gruppen von Bedeutung, die punktuell unter dem Sammelbegriff „attac“ Aufmerksamkeit erregen.

Die Parteien der gesellschaftlichen Linken haben hier unterschiedliche Zugänge, zum Teil aber haben sie diese auch verloren. Im Zuge der in den kommenden Monaten fortschreitenden hegemonialen Auseinandersetzungen – forciert durch die stärker auf die Lebensrealität der Menschen durchschlagende ökonomische und soziale Krise – müssen diese Zugänge wieder geöffnet oder neu geschaffen werden. Finden sich noch ausreichend gesellschaftliche Gruppen und Klassenfraktionen, ökonomische

und politische Eliten, die ein alternatives hegemoniales Bündnis schmieden können? Wird es ein hegemoniales Gegenkonzept geben, das wahlpolitisch überzeugt und auch die widerständigen Gruppen politisch gestaltunfähig macht? Diese Fragen lassen sich mit Blick auf den Wahltermin am 27.09.2009 wohl noch nicht positiv beantworten. Wichtig ist aber, sie für kommende Auseinandersetzungen über den Wahltag hinaus zu bearbeiten.



Fotos: www.photocase.de; © visualworks

Der Maßstab, an dem sich die Sozialdemokratie in diesem Wahljahr messen lassen muss, ist der, ob sie glaubwürdig ihre neoliberal beeinflusste Phase überwindet und programmatisch wie kommunikativ das neue sozialdemokratische Jahrzehnt, den neuen Fortschritt formuliert. Die Sozialdemokratie muss deutlich machen, dass sie nicht (mehr) Teil des neoliberalen Problems ist, sondern Teil der Lösung sein will. Dann wird sie die Möglichkeit haben, nach dem 27. September 2009 eine gestaltende Funktion einzunehmen. Ansonsten droht sie zwischen einem konservativ-liberalen Block einerseits und einem schlimmstenfalls retro-linken Block andererseits zerrieben zu werden. Die Formierung eines neuen Fortschrittsblocks würde damit aber auf lange Zeit zur Illusion werden. ■

☞ Reinhold Rünker, Bankkaufmann und Historiker, arbeitet als freiberuflicher Organisationsberater und ist Geschäftsführer des Forum DL21 e.V., er lebt in Leichlingen.

Globale Gegenhegemonie oder: Warum wir jetzt tun müssen, was wir wissen

von Cordula Drautz



Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde auch – zumindest von deutscher Seite – ein Kampf gegen die Vorherrschaft liberaler Ideen gekämpft. 100 Jahre später ist die ökonomische Umsetzung dieser Idee als radikal marktförmig organisierte Wirtschaftsform immer noch lebendig.

» Die Erfolgsgeschichte des Neoliberalismus als führende Glaubenslehre nationaler und internationaler Politik wurde auch ermöglicht durch die Abwesenheit seriöser Alternativen. Heute gibt es weder praktisch noch ideell eine rivalisierende Wirtschaftsordnung – und das zu einem Zeitpunkt, an dem sich der Kapitalismus selbst bankrott erklärt. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus verschwand der machtvollste Herausforderer einer liberalen Weltordnung von der Weltbühne. Alternativen zu der Dominanz eines radikal marktgetriebenen Modells schienen mitverschüttet worden zu sein – Geschichte endete (Fukuyama). Damit war auch die Selbstverortung der Sozialdemokratie als „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“ zwischen kommunistischer Planwirtschaft und neoliberaler Marktwirtschaft obsolet. Die daraus resultierende Identitätskrise dauert bis heute fort.

Die USA als einzig verbleibende Supermacht wurde zu einem wirklichen globalen Hegemon und konnte die Spielregeln diktieren. Mit einer „Grand Strategy“ verhalfen Institutionen und Akteure der neoliberalen Weltordnung zum Durchbruch. Zahlreiche ForscherInnen PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen in den USA beschäftigen sich so-

wohl befürwortend als auch kritisierend mit der Frage der Aufrechterhaltung dieser Führungsrolle. Sie untersuchen Weltanschauungen und Machtverhältnisse und leiten daraus Strategien für die politische Praxis ab. In Europa und Deutschland ist diese Expertise unterentwickelt. Dieser Artikel kann die Frage nicht beantworten, welcher Akteur und welche Institution bei uns das Potenzial hat, Hegemonie zu bilden. Er soll gleichwohl mit Blick über den großen Teich zeigen, wie sich die Dominanz des angloamerikanischen Modells herausbildete und was wir daraus für unsere Strategieentwicklung lernen können. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise will der Artikel aufzeigen, ob durch und in der Krise auch Chancen für die Erneuerung sozialdemokratischer Strategie liegen.

□ Reelle Krise – der Neoliberalismus in Weltuntergangsstimmung?

» Die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Wirtschaftsordnungen ist keine neue Erkenntnis. Neu an der Debatte dieser so genannten „größten Weltwirtschaftskrise seit der Depression von 1929“ ist, dass sie zusammenfällt mit einem globalen Diskurs über alternative Formen wirtschaftlicher Globalsteuerung und internationaler Weltordnung.

Anders als frühere in immer kürzeren Intervallen auftretende Verfehlungen des neoliberalen Kapitalismus wie die Finanz- und Wirtschaftskrisen der asiatischen Länder in den 1990er Jahren oder der New-Economy-Boom begleiten die jet-



Foto: www.pixelio.de; © S. Schnitz

zige Krise eine Reihe von Gegebenheiten, deren Zusammenspiel ein Fenster für eine umfassendere Debatte über alternative Anschauungsweisen auf ökonomische und politische Spielregeln öffnen könnte. Dazu gehören der absolute und relative Niedergang der US-Ökonomie selbst, die drastischen Folgen für ihre „Satelliten“ sowie sein Niederschlag auf das Alltags-Sein und Alltags-Bewusstsein vieler Menschen.

» Der US-zentrierte Finanzkapitalismus hat in seiner Rolle als Steuerungszentrum der Weltwirtschaft ausgespielt. Haben sich seine Beharrungstendenzen und politisch gestützte Widerstandsfähigkeit seit den 1970er Jahren als stärker bewiesen als seine Kritiker oft hoffnungsvoll analysierten, ist er heute nicht nur funktional zum Problemfall geworden, sondern auch in Teilen ideologisch gescheitert (Schmidt 2008, S.19).

Trotz allen pro-wirtschaftlichen Ehrgeizes der Bush-Administration ist Fakt, dass seit dem Jahr 2000 die Wachstumsrate der Vereinigten Staaten um 50 Prozent im Vergleich zur Clinton-Ära gefallen ist und die Finanzkrise dies noch verschärfen wird. Der amerikanische Anteil an der weltweiten Produktion sinkt. Zwar haben die Vereinigten Staaten ihre „Innovationsführerschaft“ nicht verloren – sie melden mehr Patente jährlich an als alle anderen Länder weltweit zusammen –, doch die rasche Verbreitung von Technologie und Wissen garantiert nicht mehr so nachhaltig die jahrelange Vorherrschaft dieses ohnehin starken

Staates. Den relativen ökonomischen Niedergang seit 2000 beschreibt Robert A. Pape als „far greater loss of relative power in a shorter time than any power shift among European great powers from roughly the end of the Napoleonic Wars to World War II. It is one of the largest declines in modern history“ (Pape 2009, S.27). In seiner Größenordnung würde er nur überholt von dem internen Zerfall der Sowjetunion.

» Der Domino-Effekt, den der Zusammenbruch der US-Ökonomie auf seine „Satelliten“ hat, wird dort eine Debatte über die Nachhaltigkeit der unkritischen Adaption der Gesetze von Angebot und Nachfrage in Gang setzen. Fast alle mittel- und osteuropäischen Wirtschaften sind dem Zusammenbruch nahe oder bereits vom Staatsbankrott betroffen. Die Akzeptanz eines grenzenlosen globalen Kapitalverkehrs ist politisch ins Abseits geraten. Steueroasen sollen nun auch innereuropäisch ausgetrocknet werden, Transparenz- und Kontrollmechanismen werden diskutiert. Die USA und die EU haben in den von ihnen global dominierten Institutionen wie Weltbank, Währungsfonds und Welthandelsorganisation nicht nur Legitimität, sondern auch real an Macht verloren. Galt bisher, dass wer die Spielregeln bestimmen kann, sich selbst nicht daran zu halten braucht, so könnte genau dies für die Überlegenheit des euro-amerikanischen, neoliberalen Wirtschaftsmodells der Pferdefuß werden. Denn die erzwungene oder erwünschte Vormachtstellung der USA wird heute durchaus in Frage gestellt.



□ Ideologische Krise – das Ende des Amerikanischen Kreuzzuges?

Über zwei Jahrzehnte lang nach dem Ende der Sowjetunion glaubten konservative wie liberale US-Intellektuelle an die prinzipielle Dominanz amerikanischer Stärke, die von keinem anderen Staat ernsthaft herausgefordert werden kann. Begründet auf der weltweit absoluten Überlegenheit der US-Ökonomie führte dies zu unilateralem politischen Handeln und zur Suche nach Gelegenheiten, diese Stärke im amerikanischen Interesse ohne Rücksichten auszubauen. Bedeutsam ist, dass diese später in der „Bush-Doctrine“ materialisierte Wahrnehmung in einem parteiübergreifenden Konsens wurzelt: Amerikas temporäre Hegemonie zu Zeiten des Kalten Krieges sollte in eine permanente Dominanz in Westeuropa und Asien transformiert werden (Lind 2007, S.9).

Statt sich nach dem Kollaps der Sowjetunion für eine substantielle Reduktion militärischer Aktivitäten einzusetzen, argumentierten die Kalten Krieger, Amerika müsse diese einzigartige Gelegenheit nutzen, um Demokratie und Menschenrechte zu verbreiten. Angloamerikanische Ideologie meisterte nicht nur die reelle Herausforderung durch die andere universalistische Idee des Kommunismus, sondern auch den Wettbewerb darum, die vorherrschende Denkrichtung zu sein, die überall auf der Welt praktische Zustimmung finden müsse: Die Ideologie des „American Empire“ brach sich Bahn.

Diese ideologischen Muster eines neuen Nationalismus, eines neuen Universalismus und eines neuen „Demokratizismus“ schlagen sich in konkreten politisch-institutionellen Funktions-Zuweisungen nieder. Die amerikanische Armee wird zur größten „Freiheitsmacht“ der Menschheitsgeschichte. In einem an die New York Times lancierten Planungsdokument des Pentagon von 1992 war das Ziel festgeschrieben, dass die Vereinigten Staaten die einzig verbleibende Supermacht werden soll, unangreifbar für den Rest der Welt. Die militärische Stärke müsse so überlegen sein, dass keine der potenziellen Herausforderer

der Vereinigten Staaten auf die Idee kommen würde, Amerikas Interessen in Frage zu stellen: „We must account sufficiently for the interests of the advanced industrial nations to discourage them from challenging our leadership or seeking to overturn the established political and economic order“ (Lind 2007, S.10).

Der 11. September war der Auslöser, um diesem neokonservativen Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen, und wurde die Rechtfertigung für „something grandiose“ (Ryn 2003, S.384), die Idee einer bewaffneten Welthegemonie. Sie umfasst nicht nur wirtschaftliche Vorherrschaft zum Selbstzweck, sondern zur Promotion einer durchaus imperialen Weltanschauung. Sie umfasst Elemente zur menschlichen Natur, Gesellschaft und Politik und manifestiert sich in spezifischen politischen Konzepten von „Demokratie“, „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Kapitalismus“. Die Universalität der Werte und Prinzipien, auf denen die USA begründet ist, bildet die Legitimitätsgrundlage für die Rolle der Vereinigten Staaten als globale Aufsichts- und Führungsmacht bei der Gestaltung einer (neuen) Weltordnung. Damit wurde die neoliberale Idee zu weit mehr als einem ideellen Substitut für die Auseinandersetzung mit dem fehlenden Feind des Kommunismus. Das Empire hat weit mehr Macht akkumuliert als nur die Fähigkeit, das kapitalistische Wirtschaftssystem durchzusetzen.

Die Idee der permanenten militärischen, ökonomischen und politischen Überlegenheit der Vereinigten Staaten weltweit zieht jedoch auch enorme finanzielle Lasten nach sich. Denn ihr Sicherheitskonzept beruht nicht auf der Abwesenheit feindlicher Mächte in Europa, Asien und dem Nahen Osten, sondern auf der permanenten Präsenz und der militärischen Hegemonie der Vereinigten Staaten selbst. Die Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten übersteigen heute das kombinierte Gesamtvolumen der zwanzig folgenden Staaten. Ihre See-, Land- und Luftstreitmacht hat keine Rivalen. In dieser Logik stehen die Interventionen im Irak, Afghanistan und an anderen Orten, auch wenn sie selbst zu

einem politischen Desaster geworden sind. Und genau hierin liegt ein strategischer Hebel für Veränderung.

Durch die reelle ökonomische Krise und die finanzielle Last, die mit der Durchsetzung dieser Ideologie verbunden ist, wird sich das internationale Machtgleichgewicht verschieben. Obama hat dies erkannt und auch aufgrund dessen einen Strategiewechsel eingeleitet. Der von ihm gepredigte „change“ ist nicht primär als eine moralgeleitete Überzeugungstat zu verstehen, sondern zuvorderst als eine Anpassung der „Grand Strategy“ an die realen Verschiebungen im internationalen System. In diesem Sinne wird „change“ geradezu der Bewahrer der Kontinuität der US-Außenpolitik.

□ Hegemoniale Krise – Goldene Gelegenheit für globale Machtverschiebungen?

Der ökonomische Zusammenbruch des „Wall-Street-Pentagon-Kapitalismus“, der ideologische Zusammenbruch des „American Empire“ und der politische Machtwechsel in den USA kann zu einem Startpunkt für die Durchsetzung einer alternativen Weltwirtschafts- und -sozialordnung werden.

Andere Mächte werden zunehmend Stärke entwickeln, ein Korrektiv zu einer US-Politik zu bilden, die sie nicht teilen. Die Möglichkeiten der Softpower scheinen zu wachsen. Der über die Vereinten Nationen zum Ausdruck gebrachte Widerstand könnte ein früher Indikator für die sinkende Stärke unilateraler Ansätze sein. Auch wenn dieses Szenario noch virtuell erscheint, so könnte die ökonomische Macht von China und Russland in Verbindung mit einem großen europäischen Verbündeten ausreichen, um ein Militärpotenzial vergleichbar mit dem der Sowjetunion aufzubieten. In dieser Konstellation liegt jedoch gleichzeitig ein Gefahrenpotenzial globaler Instabilität. Verschiebungen im internationalen Machtgefüge können Konflikte nach sich ziehen, die auch militärisch ausgetragen werden.

Dem Niedergang der amerikanischen Wirtschaft steht der Aufstieg Chinas gegenüber. Auch der Aufstieg Indiens wird zu einer zunehmend multipolar geordneten Welt beitragen. Aus Sicht der „Empiristen“ müssten die Vereinigten Staaten stärker und machtvoller als alle zweitstärksten Konkurrenten zusammengenommen sein, um ein wahrer globaler Hegemon zu bleiben. Die Kosten für diesen Stuserhalt würden unkalkulierbar. Heute wird es weit schwieriger sein, sich seiner regionalen Verbündeten wie Deutschland und Japan zu versichern, potenzielle Feinde wie Russland und China abzubringen oder Regime, die Amerikas militärische Handlungsfreiheit bedrohen könnten, zu stürzen, wie dies im Irak der Fall war (Lind 2007, S.13). Selbst die Hardliner des Empires werden in Erklärungs- und Finanzierungsnöte geraten.

Konsequent verfolgt Obama in seiner außenpolitischen Strategie daher einen multilateralen Ansatz. Aus amerikanischer Sicht ist eine Strategie des „Concert-of-Power“ eine denkbare Variante, die gemeinsame Interessen und den Willen zu Kooperation bspw. in Sicherheitsfragen betont. Dies würde den USA weiterhin eine Stellung in der eurasischen Machtpolitik ermöglichen, ohne die Welt in Freund und Feind teilen zu müssen. War das amerikanische Verhältnis zum Rest der Welt seit dem Fall der Berliner Mauer durch den Export seiner „Freihandels-Demokratie“ und militärischer Macht charakterisiert, könnte die jetzige Krise ein Wendepunkt sein. Der „Amerikanische Kreuzzug“, der im Kampf gegen den Terrorismus seine ideologische Fortsetzung des Kampfes gegen den Kommunismus fand, steht vor einem Stoppschild.

□ Fazit

» Die ökonomische und die ideologische Krise des Neoliberalismus bedingen und verstärken sich gegenseitig. Es ist eine Zeit- und Machtfrage, wie schnell und wirksam sich seine ruinierte Reputation und praktische Fehlfunktion rhetorisch und institutionell konsolidieren können. Es wäre Aufgabe der Sozialdemokratie, in dieser Situation praktische Politikalternativen zu präsentieren und die Chance zu nutzen, den eigenen Standort in der globalen Auseinandersetzung neu zu definieren. Die Gelegenheit ist einmalig günstig. Der internationale Erwartungsdruck an die USA ist hoch. In Europa haben trotz allen neoliberalen Mainstreams kritische Ansätze relativ an Stärke gewinnen können, inhaltlich und machtpolitisch.

Doch dem Protest fehlt es innerhalb der politischen Arenen und der Zivilgesellschaft an einem konsistenten Gesellschaftsentwurf, an Köpfen, SprecherInnen und VordenkerInnen. Eine entsprechend disziplin- und ziellose Grundstimmung herrscht nach wie vor auch in der Sozialdemokratie. Um eine eigene Grand Strategy zu entwickeln und Akteure darauf zu verpflichten, fehlen ihr noch geeignete oder funktionsfähige Institutionen. Eine reformierte Sozialistische Internationale könnte und müsste eine Plattform werden. Ohne Strukturen kann es aber auch keine Linie geben und ohne Linie kein klares Ziel. Es gibt keinen gemeinsamen Feind mehr. Es gibt stattdessen ein komplexes System einander verstärkender Probleme, die nun in der Wirtschaftskrise gipfeln. Es ist ein interdisziplinäres, vernetztes, allumfassendes Weltbild, das sich da findet. Zu kompliziert, um es auf vor einer Fernsehkamera oder auf einem Transparent auf den Punkt zu bringen. Das jüngst veröffentlichte Papier „Die Gute Gesellschaft“ von Andrea Nahles und John Cruddas könnte ein Ansatzpunkt für eine transnationale Strategiedebatte der Sozialdemokratie sein (www.goodsociety.eu).

In diesem Sinne muss man wohl von einem Post-Neoliberalismus „Under Construction“ sprechen, denn eine profunde soziale Transformation wird nicht durch einen plötzlichen ökonomischen Zusammenbruch, sondern durch einen komplexen Prozess angestoßen (Sekler 2009, S.61). Andere Welten werden über einen langen Zeitraum geschaffen, heute kann es nur darum gehen, den immer noch mageren Nährboden für alternative Ansichten weiter zu bereiten und zu düngen. ■

☞ Cordula Drautz ist IUSY Vizepräsidentin und Mitglied der spw-Redaktion.

Literatur

- Michael Lind, Beyond American hegemony, in: The national interest, 2007, 89, S. 9-15.
- Robert A. Pape, Empire falls, in: The national interest 2009, 99, S. 21-34.
- Claes G. Ryn, The ideology of American empire, in: Orbis: a journal of world affairs, 47 (2003), 3, S. 383-397.
- Ingo Schmidt, Aufstieg und Fall des Pentagon-Wall-Street-Kapitalismus, in: Sozialismus, 35 (2008), 6, S. 18-25.
- Nicola Sekler, Post-Neoliberalism from and as a counter-hegemonic perspective, in: Development Dialogue January 2009, S.59-70.
- Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, London, Hamish Hamilton, 1992.

LINKE?

Bei uns schon seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de



Foto: www.pixelio.de; Schemmi

Crisis Shooter 3.0 – Wir krepeln die Ärmel hoch ...

von Alexandra Kramm



» Neulich hat in einer Lesung jemand gefragt, ob Konjunkturpaket III das neue Ego-Shooter-Spiel ist. Ein aufregender Gedanke. Wenn jede/r als Angie oder Oskar einfach mit einem Monster von Waffe die Krisenerzeuger von der Platte putzen könnte. Das würde nicht nur der Linken Spaß machen.

Aber mal ernsthaft. Mit den Namen für politische Projekte und Reformen ist das so eine Sache. Erst recht in der Krise. Sie entstehen kurzfristig, als sachlicher Arbeitstitel, der aufgrund von Zeit- und Ideenmangel niemals geändert wird. Die Presse schreibt darüber und dann heißt das Kind halt so (siehe Hartz IV). Auf den Inhalt kommt es doch an, nicht auf den Namen! Ja, schon – wären da nicht diese blöden Nebenwirkungen: falsche Assoziationen, dogmatische Interpretationen, gefühltes Erfahrungswissen aus der Vergangenheit.

» Das Konjunkturpaket III ist quasi der natürliche Nachfolger von Konjunkturpaket I und II. Dabei wirft schon der Name die Frage auf, ob es sich um eine Fortsetzung des Erfolgsprojekts oder eine Nachbesserung der Vorgänger handelt. Beides ist schwierig. Bei Fortsetzungen denke ich ganz automatisch an die scheinbar endlosen Folgen erfolgreicher Filme: Zurück in die Zukunft I-III, Rocky I-VI, Star Wars I-VI, Eis am Stiel I-VIII und wie sie nicht alle heißen. Niemals war eine der vielen Fortsetzungen so gut und so beliebt wie das Original. Es waren vor allem Versuche, den ökonomischen Erfolg so lange wie möglich am Leben zu erhalten. Ausgequetscht, bis sie keiner mehr sehen wollte. Will sich das Konjunkturpaket in dieser Tradition sehen?

Bei Computerprogrammen und Autos ist das anders. Eine neue Zahl steht immer gleichbedeutend mit Innovation. Neue Technik, die noch mehr kann als vorher. Schneller, besser, mehr! Das gilt auch für die beliebten Ballerspiele. Kann „Crisis Shooter 3“ wirklich mehr als die bisherigen zwei?

» Wenden wir uns also den wirklich erfolgreichen Langzeitneuauflagen zu: James Bond, Harry Potter, Tatort. Sie brauchen die Zahlen nicht für ihren Erfolg. Stattdessen setzen sie auf mystisch-programmatische Titel. Eine klare Botschaft, die schon vor dem Gucken oder Lesen den inneren Film in Gang setzt. Darauf kommt es an. Nicht nur das, was drin ist zählt, sondern auch das, was die Leute sich drunter vorstellen, wünschen und einbilden. Es ist, als ob dich in einer Meditation jemand auffordert, die Augen zu schließen, dir dann eine schreckliche wirtschaftliche Situation vorzustellen und schließlich eine Fee schickt, die deine drei größten Wünsche erfüllt. Wir wollen nicht nur das Geschenk, sondern auch die Verpackung, die Spannung, die Projektion unserer Wünsche.

Ein Waschmittel mit dem Zusatz „Extra“, „Ultra“ oder „Mega“ verspricht mir das. Und viele politische Begriffe wie „zukunftsorientiert“ und „nachhaltig“ funktionieren nach dem gleichen Prinzip. Agenda 2010 übrigens auch. Aus meiner Sicht brauchen wir einen knackigen Begriff, der „Anpacken“ und „Ärmel hoch krepeln“ suggeriert für die Konjunkturpakete IV- VI. Nicht dass ich eine konkrete Idee hätte, aber über Vorschläge freue ich mich unter redaktion@spw.de.

⇨ Alexandra Kramm ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin (www.schulter-blick.de).

Foto: www.istockphoto.com;
© Peter McKinnon



Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Krise der Automobilindustrie

von Arne Heise



Die internationale Finanzkrise zeigt mittlerweile längst Auswirkungen auf die Realwirtschaft, also auch auf Produktion und Beschäftigung: Im Jahr 2009 wird mit einem in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Rückgang des Volkseinkommens von bis zu 7 Prozent gerechnet, die Arbeitslosigkeit könnte wieder auf weit über 4 Millionen steigen.

Besonders stark betroffen ist die Automobilindustrie, denn neben den zyklischen Erscheinungen werden hier – übrigens ähnlich wie in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre – strukturelle Probleme sichtbar: Weltweit ist die Produktionskapazität größer als die zu erwartende Nachfrage. Die Hoffnungen auf weiterhin rasante Wirtschaftsentwicklungen in den beiden Einwohner stärksten Ländern der Erde – China und Indien – haben die Automobilproduzenten weltweit zum Aufbau von Kapazitäten verleitet, die sich in mittlerer Frist als illusorisch erweisen.

Da die Automobilindustrie in Deutschland als 'Schlüsselindustrie' gilt, also als eine Branche, deren Bedeutung für gegenwärtige und zukünftige Wertschöpfung und Beschäftigung aufgrund der langen Wertschöpfungsketten in häufig mittelständisch organisierten Zuliefererindustrien weit über den direkten Anteil hinausgeht und als besonders technologieintensiv gilt, können die Automobilproduzenten schnell – den Banken vergleichbar – als 'systemnotwendig' eingeschätzt und entsprechend als besonders förderungswürdig angesehen werden.

Insgesamt stellten die Automobilhersteller in Deutschland im Jahr 2008 mit einer direkten Beschäftigung von fast 800.000 Arbeitnehmern und etwa noch einmal soviel Beschäftigten bei den Zulieferern (= 3,5-4 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Deutschland) etwa 5,4 Mio. PKW her (inklusive der Auslandsproduktionen der deutschen Automobilhersteller waren es mehr als 11 Mio. PKW), wobei der deutsche Automarkt seit Jahren weitgehend unverändert nur etwas mehr als 3 Mio.

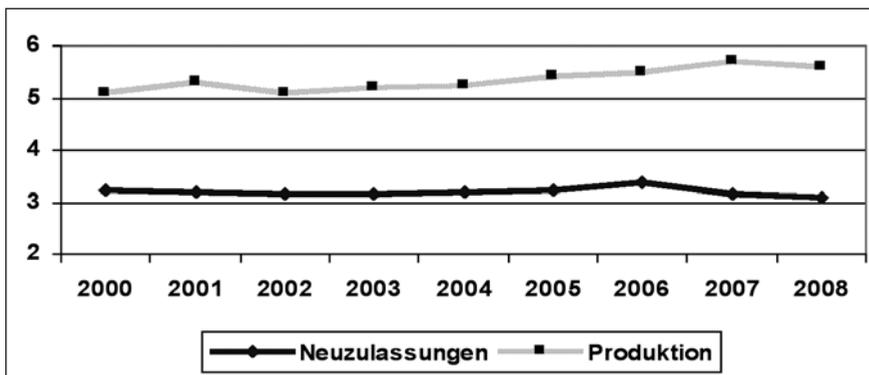


Schaubild 1: Deutsche Automobilproduktion und Neuzulassungen in Deutschland EMBED MSGraph.Chart.8 \s
Quelle: Kraftfahrzeugbundesamt und Verband der Automobilhersteller

	2007	2008	2009	2010	Differenz 2007/2008	Differenz 2008/2009
USA	16,0 Mio	13,3 Mio	12,5 Mio	13,1 Mio	-17,7%	-6,0%
Westeuropa	14,8 Mio	13,5 Mio	12,1 Mio	13,1 Mio	-8,7%	-10,1%
Deutschland	3,15 Mio	3,1 Mio	2,8 Mio	3,0 Mio	-1,5%	-8,1%
Japan	4,4 Mio	4,2 Mio	3,9 Mio	4,1 Mio	-3,4%	-7,1%
Russland	2,4 Mio	2,8 Mio	2,6 Mio	2,7 Mio	+17,4%	-8,1%
China	5,3 Mio	5,7 Mio	5,2 Mio	5,4 Mio	+7,4%	-8,8%
Welt	58,8 Mio	55,8 Mio	50,8 Mio	52,6 Mio	-5,0%	-9,1%

Quelle: Wirtschaft & Finanzen, 24.02.2009, S.53

Neuzulassungen (Verkäufe von Neuwagen) hergibt (vgl. Schaubild 1). Ein immer größerer Teil der Produktion ging also in den Export – wobei die USA zwar den weltweit größten Automarkt darstellen, aber keinesfalls den dynamischsten Markt abgaben und für die deutschen Autokonzerne nach Westeuropa (2,4 - 2,5 Mio. Exporte) und knapp vor Osteuropa (fast 500.000 Exporte) auch nur den zweitwichtigsten Absatzmarkt (etwas mehr als 500.000 Exporte) darstellten. 2008 war mit einem weltweiten Rückgang des Absatzes von 5 Prozent bereits ein schwieriges Jahr, 2009 dürfte noch schlimmer werden – mit voraussichtlich etwa 50 Mio. verkauften PKWs wird ein Absatzrückgang auf das Niveau Anfang des Jahrzehnts erwartet – in Westeuropa und den USA fällt der Absatz wahrscheinlich auf einen Stand, wie er zuletzt Ende der 1980er Jahre erreicht war! Erst ab 2010 ist wieder mit einer leichten Zunahme zu rechnen (vgl. Tab. 1).

Anders als die US-Automobilkonzerne war die deutsche Automobilindustrie auf den bevorstehenden Verdrängungswettbewerb – also die strukturelle Bereinigung der Überproduktion, die jetzt durch die Depression beschleunigt und verschärft wird – im wesentlichen gut vorbereitet: In den Jahren 2006 – 2008 verbuchten BMW, der Daimler-Konzern, der VW-Konzern und Porsche Rekordgewinne (BMW 2006: 4,1 Mrd Euro; Daimler 2007: 8,7 Mrd Euro, VW 2008: 6,6 Mrd. Euro und Porsche 2008: 8,6 Mio. Euro), während die US-Produzenten General Motors (GM), Ford und Chrysler bereits hohe Verluste einfuhren (GM 2007: -38,7 Mrd. \$, Ford 2008: -14,6 Mrd. \$ und Chrysler 2008: -8 Mrd. \$). Die deutschen Tochterunternehmen amerikanischer Konzerne Ford und Opel stehen zwar etwas schlechter, nach harten

Restrukturierungsmaßnahmen in den letzten Jahren aber deutlich besser als ihre amerikanischen Mutterunternehmen da: Sowohl Ford Europa als auch die Adam Opel AG wiesen 2007 Gewinne aus.

Auch der Absatzrückgang hat die deutschen Automobilhersteller insgesamt etwas weniger hart getroffen als die wichtigsten Konkurrenten aus den USA und Japan: Während z.B. Chryslers Absatz zwischen November 2007 und November 2008 um unglaubliche 47 Prozent, der von GM um 41,3 Prozent und der von Ford um immerhin 30,6 Prozent zurückging, aber auch Nissan (-42,2 Prozent), Toyota (-33,9 Prozent) und Honda (-31,6 Prozent) kaum besser wegkamen, stehen VW (-19,2 Prozent), Audi (-25,4 Prozent) und BMW (-26,8 Prozent) vergleichsweise gut da – lediglich Mercedes muss seiner Produktpalette im Bereich großer PKWs und der besonderen Ausrichtung auf den US-Markt mit einem Absatzrückgang von 38,6 Prozent Tribut zollen. Es scheint absehbar, dass nicht alle gegenwärtig existenten Automobilhersteller die Depression überstehen werden. Die deutschen Automobilproduzenten gehören zweifellos zu den stärksten Playern – vor allem, wenn sie die Herausforderung durch innovative Erweiterung ihrer Produktpalette in den Bereichen Klein- und Öko-Autos (low cost and low emission cars) angehen. Ob Opel dabei eine Chance hat, hängt nicht nur von den Bedingungen einer Herauslösung aus dem GM-Konzern ab, sondern auch davon, ob die Bundesregierung zu einer Kapitalbeteiligung bereit sein wird – dies dürfte allerdings, schon um den Wettbewerb nicht zu verzerren, nur unter ganz transparenten Regeln geschehen. ■

⇒ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Sarkozy und kein Ende?

Die französische Sozialdemokratie im Jahr II nach der Präsidentschaftswahl

von Raimund Feld



Foto: www.fotolia.de; © Ivano Stranieri

Vom 14. bis 16. November 2008 hat in Reims ein Parteitag der französischen PS (Parti socialiste) stattgefunden. Außer einer wichtigen Personalfrage – wer würde den Parteivorsitz übernehmen? – stand vor allem die Frage im Raum, wie sich die Partei bündnispolitisch positionieren würde.

□ Auf der Suche nach der Identität und den Gründen für eine Katastrophe

Um die Konstellation verstehen zu können, in der sich die französische Sozialdemokratie heute befindet, müssen wir bis in das Jahr 2002 zurückblicken. Wider Erwarten scheiterte ihr Präsidentschaftskandidat L. Jospin in der ersten Runde, so dass sich im entscheidenden zweiten Wahlgang zwei Kandidaten der Rechten gegenüberstanden. J. Chirac wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt, und die PS geriet in eine tiefe Krise. Das Referendum über die europäische Verfassung im Mai 2005 zeigte dann, dass die Lage trotz der etwa bei den Regionalwahlen 2004 zwischenzeitlich erzielten Erfolge weiterhin ernst war. Der Verfassungsentwurf, der von einer Mehrheit der Parteimitglieder gebilligt worden war, wurde in der Volksabstimmung u.a. von der Mehrheit der PS-WählerInnen verworfen. Hinzu kam, dass sich auch prominente Mitglieder der Parteiführung für ein „Non“ engagiert hatten. Es bestand Klärungsbedarf.

□ Royal kam aus der Tiefe des Raumes

Die Klärung blieb aber zunächst aus. Die Präsidentschaftswahlen standen vor der Tür, und die Partei bereitete sich darauf vor, ihre Mitglieder über den richtigen Kandidaten abstimmen zu lassen. Als aussichtsreichste Bewerber galten der Parteivorsitzende F. Hollande, der ehemalige Finanzminister D. Strauss-Kahn – neben P. Lamy (WTO) der zweite französische Sozialdemokrat an der Spitze einer internationalen Organisation! – und der frühere Premierminister L. Fabius. Es kam aber nicht, wie es kommen musste. Nicht nur in dem 2004 veröffentlichten Buch des bekannten politischen Journalisten Alain Duhamel über die aussichtsreichsten KandidatInnen fehlte ein Name, der in der PS, vor allem aber in den ihr nahestehenden bzw. gewogenen Medien immer häufiger auftauchte und darüber hinaus – wie Umfragen nahelegten – auch bei mit der PS sympathisierenden ArbeiterInnen und Angestellten auf großen Zuspruch stieß.

» Dabei handelte es sich um Ségolène Royal, eine frühere Ministerin und amtierende Präsidentin der Region Poitou-Charentes, die ebensowenig wie ihr Lebensgefährte F. Hollande wenig in frühere Machtkämpfe der PS verwickelt war. Dies sollte sich als einer ihrer größten Trümpfe erweisen. Die Partei war – zumindest an der Basis – auch personell im Umbruch: Nach der Einführung einer „Flatrate-Mitgliedschaft“, bei der der Jahresbeitrag 20 beträgt und der Beitritt über Internet möglich wurde, war die Mitgliederzahl auf über 200 000 gestiegen. Damit konnte an die 80er Jahre angeknüpft werden, auch wenn längst nicht alle dieser Neumitglieder in der Partei blieben. Parallel hierzu hatte die Bedeutung der „Strömungen“ abgenommen, das Durchschnittsalter sank um etwa 8 Jahre und der Anteil der HochschulabsolventInnen nahm stark zu. Vor diesem Hintergrund gelang es S. Royal, die parteiinterne Abstimmung gegen Laurent Fabius und Dominique Strauss-Kahn für sich zu entscheiden. Sie erhielt 60 Prozent der Stimmen und wurde damit die aussichtsreichste Gegnerin des Neogaullisten N. Sarkozy.

Dass die KandidatInnen bei den Präsidentschaftswahlen einen gewissen Abstand von den Parteiprogrammen für sich in Anspruch nehmen, ist nichts Neues. Bei S. Royal war er größer als sonst – zum Einen organisatorisch insofern, als sie sich mehr auf die ihr gegenüber loyale Gruppierung „Désirs d’avenir“ als auf die Partei stützte, zum Anderen in Bezug auf die Programmatik. Als Beispiele müssen hier die Infragestellung der von der Jospin-Regierung eingeführten 35-Stunden-Woche und die Befürwortung von militärisch geleiteten Einrichtungen für schwer erziehbare Jugendliche genügen. Hinzu kam schließlich ihre Annäherung an den „zentristischen“ Kandidaten F. Bayrou, der im ersten Wahlgang 18,55 Prozent der Stimmen – gegenüber 31,11 Prozent für Sarkozy und 25,83 Prozent für Royal – erhalten hatte. S. Royal versuchte zwischen den beiden Wahlgängen vergeblich, ihn zu einer Wahlempfehlung für sie zu bewegen – wofür er im Fall eines Wahlsiegs Premierminister geworden wäre. Die Partei erfuhr davon aus den Medien. Es war also nach S. Royals Niederlage im zweiten Wahlgang – 47 Prozent der Stimmen ge-

genüber 53 Prozent für N. Sarkozy – zu erwarten, dass sie parteiintern auf dem Weg zum Parteivor-sitz und, darauf aufbauend, zu einer erneuten Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2012 hohe Hürden zu überwinden hätte. Dass der Parteivor-sitzende F. Hollande sein Amt nicht über den Parteitag im Herbst 2008 hinaus ausüben würde, galt hingegen als sicher.

□ Vor dem Parteitag

» Nachdem die WählerInnen die PS auch bei den Parlamentswahlen trotz eines achtbaren Ergebnisses in die Opposition geschickt hatten, wurde der Ruf nach Veränderungen lauter. Nicht nur in der PS, sondern auch und gerade in ihrem medialen Umfeld wurde nachdrücklich für einen Wechsel der „Software“ plädiert – gemeint war eine programmatische und bündnispolitische Neuausrichtung.

Zu Ersterer – angemahnt als „Modernisierung“ – kam es auch recht bald. Im Mai 2008 wurde einstimmig eine neue Grundsatzerklärung (Déclaration de principes) angenommen, der nun – wie der Satzung – jedes Parteimitglied beim Beitritt zustimmt. Interessant ist ein Vergleich mit der 1990 auf dem Parteitag in Rennes angenommenen Verfassung, die bereits eine deutliche Abkehr von bis dahin vertretenen Positionen darstellte. In ihr wurde der historische Ansatz des Demokratischen Sozialismus so definiert, dass die Partei – eine Partei der sozialen Veränderung – den Reformismus in den Dienst der revolutionären Hoffnungen stellte. In der jetzt geltenden Fassung verortet die Partei ihre Wurzeln in der Tradition des Humanismus und der Aufklärung und nennt als Projekt „eine solidarische Gesellschaft, in der Alle dieselben Freiheiten und Rechte haben“. Auffällig ist u.a., dass 1990 die Bereiche (Schule, Hochschule und Fernsehen) und Lebensbedingungen (Wohnung, Gesundheit und Umwelt), die nicht dem Markt allein überlassen werden sollten, noch konkret benannt wurden. Im 2008 angenommenen Text ist lediglich davon die Rede, dass „bestimmte Güter und Dienste nicht vom Funktionieren des Markts

abhängen dürfen, wenn sie wesentliche Rechte betreffen“ (Artikel 6) – auf welche Güter und Dienstleistungen dies zutrifft, wird aber gerade nicht „bestimmt“ ...

Blieb die bündnispolitische Neuausrichtung. Seit den 70er Jahren versucht die PS, den entscheidenden zweiten Wahlgang auf der Linken zu gewinnen – wobei im Gegenzug den Partnern Wahlkreise bzw. aussichtsreiche Listenplätze überlassen werden. Inzwischen gibt es aber keine größeren Partner mehr: Die FKP, die damals noch etwa 20 Prozent der Stimmen erhielt, ist nur mehr für ein paar Prozent gut; dasselbe gilt für die anderen in Frage kommenden Parteien. Gerade vor dem Hintergrund, dass es der Rechten unter Sarkozy gelungen ist, einen Großteil früherer LePen-WählerInnen zurückzugewinnen und ohnehin weiterhin im zweiten Wahlgang auf zahlreiche Unterstützung aus diesem Lager bauen kann, wurde immer wieder die Frage gestellt, wie überhaupt eine mehrheitsfähige Konstellation unter Führung der PS möglich ist. Die von S. Royal vorgezeichnete Lösung – die auch auf regionaler Ebene bereits praktiziert wurde – ist ein Zusammengehen mit dem Zentrum. Das aber ist für zahlreiche Mitglieder inakzeptabel, wobei im Übrigen keineswegs ausgemacht ist, ob es überhaupt ein „Zentrum“ als dauerhafte politische Kraft geben wird.

□ Der Parteitag

Der Parteitag verlief dramatisch – und wohl für alle Beteiligten unbefriedigend. S. Royal verließ die Verhandlungen in der Nacht, nachdem deutlich geworden war, dass sich zwar 29 Prozent der Mitglieder für den von ihr getragenen Leitantrag – mehr als für jeden anderen – ausgesprochen hatten, sie aber als nicht koalitionsfähig angesehen wurde. Dabei wurde als wichtigste Differenz die Frage des Bündnisses mit dem Zentrum angeführt. Es zeichnete sich eine Koalition zugunsten von Martine Aubry ab, die erst in letzter Sekunde offiziell kandidiert – und bei den Kommunalwahlen mit dem Zentrum paktiert hatte. Die Entscheidung lag bei den Mitglie-

dern, die am 20. und 21. November abstimmten. Die sehr umstrittene Abstimmung wurde erst von einer Schiedskommission abgeschlossen, die M. Aubry den Sieg mit einer Mehrheit von 102 Stimmen (bei fast 140 000 abgegebenen Stimmen) zusprach.

□ Wie weiter?

Sowohl die Aufnahme einiger S. Royal nahestehender PolitikerInnen in die Parteiexecutive als auch die fast einstimmige (215 dafür, 2 dagegen, keine Enthaltung) Annahme eines europapolitischen Orientierungspapiers – aufbauend auf dem SPE-Manifest „Der Mensch im Mittelpunkt: eine neue Richtung für Europa“, dem auch die PS zugestimmt hat – durch den Parteirat konnten kurzfristig den Anschein erwecken, dass die PS zumindest für die nächsten Monate gut aufgestellt ist. Dieses Bild wurde jedoch nicht nur durch scharfe Auseinandersetzungen um die Listenplätze für die Europawahlen nachhaltig getrübt. Auch der Misserfolg der Auftaktveranstaltung einer Kampagne zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten trotz der Anwesenheit der Parteivorsitzenden – nur 1500 Teilnehmer, davon zahlreiche in Bussen angereiste Mitglieder aus Nordfrankreich, wo sie in Lille Bürgermeisterin ist – gibt keinen Anlass zum Optimismus.

Genau so bedenklich ist aber wohl, dass in einer Umfrage Mitte März 2009 nur 23 Prozent der Befragten (48 Prozent der PS-SympathisantInnen) glaubten, die PS verfüge über Antworten auf die Wirtschaftskrise, und nur 30 Prozent ihr eine bessere Politik als der derzeitigen Regierung zutrauten. Dass gleichzeitig eine – knappe – Mehrheit ihr bescheinigte, in Bezug auf die sozialen Bewegungen und die Sorgen der Bevölkerung auf der Höhe der Zeit zu sein, macht erst recht deutlich, dass die Partei sich nicht als glaubwürdige Alternative präsentiert. Das von ihr konzipierte Anti-Krisenpaket hat nicht „gezündet“. Die in den letzten Monaten deutlich erstarkte Opposition – der noch im Juli 2008 geäußerte Spott über die Gewerkschaften („Wenn heute gestreikt wird, merkt’s keiner“) ▶

ist N. Sarkozy nach mehreren erfolgreichen Aktionstagen wohl vergangen – scheint vorerst auf soziale Forderungen beschränkt zu bleiben und keine politische „Übersetzung“ zu finden. Dies gilt im Übrigen nicht nur für die PS.

□ Die Linkspartei

» Kurz vor dem Parteitag hatte sich der für die PS in den Senat – die zweite Kammer – gewählte J.-L. Mélenchon von der Partei verabschiedet, in der er lange einer der wichtigsten Vertreter des linken Flügels gewesen war. Er argumentierte, die Abstimmung über die Leitanträge habe gezeigt, dass in und mit der PS keine linke Politik mehr zu machen sei. Dabei verwies er nicht nur auf die Bündnisfrage, sondern auch auf die Rentenpolitik und die Außenpolitik (Afghanistan). Am 12. November kündigte er die Gründung der „Linkspartei“ (Parti de Gauche, PG) an, die Anfang Februar erfolgt ist. Es ist derzeit kaum absehbar, welches Potential diese Partei hat, mit der laut Gründungsauftrag der „Notwendigkeit, der Linken wieder eine Perspektive zu verschaffen“, Rechnung getragen wird. Bei den im Sommer anstehenden Europawahlen wird sie nicht mit eigenen KandidatInnen antreten, sondern wird dem von der FKP lancierten Appell zur Bildung gemeinsamer Listen folgen. Dabei soll an die Dynamik angeknüpft werden, die sich 2005 in der Kampagne gegen die europäische Verfassung gebildet hatte. Dem verweigerte sich aber eine andere Neugründung.

□ Des Briefträgers neue Kleider

» Bei einer Anfang März 2009 durchgeführten Umfrage nannten die Befragten als vertrauenswürdigste Politiker den Staatspräsidenten N. Sarkozy und den Briefträger O. Besancenot. Nun ist O. Besancenot ein Briefträger mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium (Geschichte), und er war bereits Sprecher der der Vierten Internationale angehörenden LCR, als er 2002 – 28 Jahre alt – bei den Präsidentschaftswahlen antrat und ein überraschend gutes Ergeb-

nis von 4,25 Prozent erzielte. Seitdem war er das Aushängeschild der LCR und mit dafür verantwortlich, dass sie auch von Vielen, die sie nicht wählten, als glaubwürdig und „zeitgemäß“ empfunden wurde. Diese Diskrepanz dürfte mit dazu beigetragen haben, dass sich die LCR Anfang des Jahres in die „Neue antikapitalistische Partei“ (Nouveau parti anticapitaliste, NPA) transformiert hat, mit der auch organisatorisch eine neue Ära beginnen soll. In bündnispolitischer Hinsicht gab es jedoch keinen Bruch mit der Vergangenheit, was u.a. dazu geführt hat, dass die NPA bei den Europawahlen mit eigenen KandidatInnen antritt. Der Grund war letztlich das Beharren auf einer „dauerhaften einheitlichen Allianz“ bis zu den Regionalwahlen des Jahres 2010. Dies hätte Wahlbündnisse zwischen FKP und PS bei den Regionalwahlen ausgeschlossen und voraussichtlich zu einem starken Rückgang der FKP-Abgeordneten geführt.

□ Und die FKP?

» Die FKP ging trotz zwischenzeitlicher Erfolge bei der Wahl diverser Gebietskörperschaften krisengeschüttelt in ihren 34. Parteitag (11.-14.12.2008), nachdem ihre Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen weniger als 2 Prozent erhalten hatte und die Partei nach den Parlamentswahlen (1. Wahlgang: 4,3 Prozent) ihren Fraktionsstatus nur wahren konnte, indem sie sich mit den Grünen und einigen „Unabhängigen“ zusammenschloss. Sogar eine Selbstauflösung schien zeitweise möglich, wurde aber dann doch in keinem der drei Leitanträge befürwortet. Schließlich setzte sich eine von etwa 60 Prozent der Mitglieder unterstützte, von M.-G. Buffet angeführte Liste durch. Entscheidungen, die darüber Aufschluss geben könnten, wie sich die Partei – und sei es nur mittelfristig – strategisch zu positionieren gedenkt, blieben jedoch aus.

□ „We're in an enormous mess“

» Diese Aussage, mit der I. Wallerstein unlängst einen Vortrag über den Zustand der Linken in der Welt einleitete, trifft auch auf die französische Linke, nicht zuletzt die PS, zu. Gegenüber einem Präsidenten, der von P. Moscovici, einem namhaften Sozialdemokraten, als fähigster Politiker Frankreichs bezeichnet wird, über ausgezeichnete mediale Ressourcen verfügt und verkündet, der Kapitalismus bedürfe einer Neubegründung, hat sie einen äußerst schweren Stand. Dass sie auf regionaler und kommunaler Ebene „exzellent verankert“ (Hillebrand) ist, täuscht; sie, die weniger denn je eine in der Arbeiterbewegung verwurzelte sozialdemokratische Partei ist, findet keinen Zugang zur Welt der „einfachen Leute“. Ob es in dieser Situation hilfreich ist, ihr eine Orientierung an Rezepten zu empfehlen, mit denen andernorts in den 90er Jahren Wahlen gewonnen wurden, scheint fraglich. Der damals verbreitete Glaube an den Markt, dem ruhigen Gewissens die Wirtschaft überlassen werden könne, wobei die Politik nur eine flankierende Rolle zu spielen habe, ist auch in Frankreich brüchig geworden, und die Krise dürfte auch dort den Spielraum für die Einbindung unterschiedlicher sozialer Gruppen drastisch verringern, die den Erfolg der „neuen Mitte“ ermöglichte. ■

☞ Raimund Feld, Lehramtsstudium (Französisch/Sozialkunde) in Frankfurt/M. und Straßburg; derzeit Teilzeit-Sozialwissenschaftler und -Hausmann.

Literatur

- Feld 2005: R. Feld, Ein schwieriger Geburtstag: Die französische Sozialdemokratie wird 100 (spw 143)
- Gauthier 2009: E. Gauthier, Frankreichs Linke auf der Suche nach neuen Bündnissen (Sozialismus 1/2009)
- Hillebrand 2009: E. Hillebrand, Die Sozialistische Partei Frankreichs nach dem Parteitag von Reims (<http://www.fes.de/ipa>)

PapyRossa Verlag



Lucas Zeise: Ende der Party - Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft | 2. Auflage; Broschur; 206 Seiten; EUR 14,90

Lucas Zeise untersucht die Ursachen der Krise, erörtert Vorschläge zu ihrer Bekämpfung und zeigt, daß eine wirksame öffentliche Kontrolle des Finanzsektors so notwendig wie möglich ist. »Unerwartet spannend«, so die »Frankfurter Rundschau«.



Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP – 1920 bis 1945 | Hardcover; 567 Seiten; EUR 28,00

Die einzige Gesamtdarstellung in deutscher Sprache geht der Rolle der Millionen Deutschen nach, ohne die Krieg und Holocaust nicht möglich gewesen wären, und beleuchtet zugleich die Interessen hinter der Diktatur und das Verhältnis der Eliten zu Hitlers Partei.

Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05 |
 mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Kinder brauchen mehr! Für eine Kindergrundsicherung

von Barbara König



Foto: Christian Kiel

» Die Armutsrisikoquote hat sich in Deutschland auf hohem Niveau verfestigt: Gut 18 Prozent aller Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht. Gleichzeitig hat sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland weiter geöffnet: Während die Einkommen des reichen Bevölkerungsteils weiter gewachsen sind, sinken bzw. stagnieren sie im unteren und mittleren Bereich. Von einem besonders hohen Armutsrisiko sind Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Mehrkindfamilien und Familien mit Migrationshintergrund betroffen – und dies trifft insbesondere auch deren Kinder. Denn die Armutsrisikoquote von Kindern (26 Prozent) und Jugendlichen (28 Prozent) liegt deutlich über der Risikoquote der Gesamtbevölkerung (18 Prozent). Hinzu kommt, dass Kinder, die in materieller Armut aufwachsen, viele Einschränkungen hinnehmen müssen.

□ AWO weist erstmals Folgen von Kinderarmut nach – die Politik beeindruckt das wenig

» Die Arbeiterwohlfahrt hat das Frankfurter Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) mit der bisher einzigen Langzeituntersuchung zum Thema Kinderarmut in Deutschland beauftragt. Die drei bislang vorliegenden Teile der Studie erstrecken sich über den Zeitraum von 1997 bis 2005, für 2009 ist eine Fortsetzung geplant. Die Studie weist nach, dass arme Kinder Defizite in vier zentralen Lebensbereichen haben:

- materiell, das heißt bei der Versorgung mit Nahrung, Kleidung, etc.;
- kulturell, das heißt schlechtere kognitive, sprachliche und motorische Fähigkeiten;
- sozial, das heißt weniger Freunde und weniger soziale Kompetenzen;
- psychisch und physisch, das heißt, überproportionale Betroffenheit von Krankheiten wie Karies und Fettleibigkeit.

Die Folgen sind gravierend: Der Mangel an Einkommen, Ressourcen und Lebensperspektiven für Kinder entwickelt sich zu Bildungs- und Teilhabearmut.

Diese Erkenntnisse sind inzwischen mehr als 10 Jahre alt. Wie hat die Politik in Bund, Ländern und Kommunen darauf reagiert? Welche Maßnahmen, Programme und Projekte zur Bekämpfung von Kinderarmut wurden entwickelt? Und gibt es auch ein Umsteuern in der Sozial- oder Bildungspolitik?

» Projekte und Projektchen gibt es vor allem im Bereich der Infrastrukturförderung in zwischen genug. Allein zum Thema Armut und Gesundheit weist eine Datenbank der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung rund 1700 Projekte auf. Es gibt rund 500 Mehrgenerationenhäuser, die vom Bund gefördert werden, die Länder fördern ihrerseits geschätzte 1.000 Familien- oder Eltern-Kind-Zentren. Mindestens 20 verschiedene Modellprojekte zur niedrigschwelligen Unterstützung von belasteten Familien mit und ohne Migrationshintergrund machen vor Ort gute Arbeit – sie sind aber wenig vernetzt und vor allem gelangen sie nicht in die Fläche. Fonds und Stiftungen gegen Kinderarmut werden gegründet, hier und da springt für die Kids eine Schulausstattung oder ein Ausflug in den Zoo heraus.

Und im Januar 2009 hat der Bundesverband Deutsche Tafel stolz die 800. Tafel in Ratingen eingeweiht. Er hofft allerdings, dass es die 900. Tafel nicht geben wird. Warum eigentlich nicht? Tragen all diese tausenden Projekte zur nachhaltigen Reduzierung oder sogar Abschaffung von Kinderarmut bei? Die Zahlen beweisen das genaue Gegenteil. Ist hier statt planvollem Vorgehen doch nur viel Aktionismus im Spiel? Nicht zu Ende, sondern längstens bis zur nächsten Legislaturperiode gedacht? Versehen mit kampagnentauglichen Slogans und Fotostrecken? Vieles ist wohlmeinend und vieles bekämpft die Symptome von Kinderarmut. Das ist notwendig, um die schlimmste Not armer Familien zu lindern. An die Wurzeln geht nichts. Dafür müssten folgende Strategien zur Strukturveränderung entwickelt und umgesetzt werden.

□ Für eine neue Bildungspolitik

» Kostenfreie Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote für alle Kinder von Geburt an ist zwingende Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Die Kindertagesstätten sind weiterzuentwickeln zu niedrigschwelligen Zentren im Sozialraum (z.B. Eltern-Kind-Zentren).

Die Schule der Zukunft vermittelt mehr als Bildung. Sie bietet zugleich Betreuung und Erziehung an, öffnet sich im Stadtteil und hat ein pädagogisches Ganztagskonzept. Sie ermöglicht allen Kindern nach einer 10-jährigen gemeinsamen Lernzeit, einen Bildungsabschluss zu erwerben. Keine Schülerin und kein Schüler darf zukünftig mehr ohne einen berufsqualifizierenden Schulabschluss aus der Schule entlassen werden. Allein im Jahr 2006 verließen rund 76.000 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne mindestens einen Hauptschulabschluss.

Kinder und deren Eltern brauchen einen Ausbau von Familienbildung, niedrigschwellige Beratungsangebote und Familien- sowie Jugendfreizeitangebote.

□ Für eine neue Familienförderung

» Unser gegenwärtiges System monetärer Familienförderung besteht hauptsächlich aus vier Teilelementen:

- SGB II: Kinder von Erwerbslosen bzw. Geringverdienern erhalten je nach ihrem Alter Sozialgeld in Höhe von 246 bzw. 281 Euro im Monat;
- Kinderzuschlag: Eltern an der Schwelle zum SGB-II-Bezug erhalten für ihre Kinder einen „Kinderzuschlag“ in Höhe von maximal 140 Euro im Monat;
- Kindergeld: Kinder von Erwerbstätigen mit unterem und mittlerem Einkommen erhalten monatlich zwischen 164 Euro (für das erste und zweite Kind) und 195 Euro (für das vierte und weitere Kinder);
- Kinderfreibetrag: Kinder von Gut- und Spitzenverdiener/-innen ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 70.000 Euro bekommen pro Kind maximal 240 Euro im Monat.



» Derzeit beträgt die Aufwendung des Staates für reine Familienförderung rund 44,5 Mrd. Euro pro Jahr. Zusätzlich kommen 77 Mrd. Euro für ehebezogene Maßnahmen dazu. Es ist jedoch fraglich, ob das Geld dort ankommt, wo es am dringendsten benötigt wird: Also bei Familien ohne oder mit niedrigem Einkommen – unabhängig von ihrer Lebensform.

Die Kritik am gegenwärtigen System monetärer Familienförderung bezieht sich vor allem darauf, dass es kaum dazu beiträgt, Kinderarmut abzuschwächen oder gar zu beseitigen. Vielmehr verstärkt es Einkommensunterschiede, indem es Kinder je nach der Erwerbssituation ihrer Eltern unterschiedlich fördert.

Das neue Familienleistungsgesetz, welches zum 01.01.2009 in Kraft getreten ist, schafft hier ebenfalls keine Abhilfe. Zwar kam es zu einer Anhebung des Kindergeldes um 10 Euro und einer Erhöhung des Kinderfreibetrages aufgrund des angehobenen kindlichen soziokulturellen Existenzminimums auf 6.024 Euro im Jahr. Die Ungleichbehandlung ist aber geblieben: Kinder aus Haushalten im Hartz IV-Bezug profitieren von dieser Erhöhung nicht, da das Kindergeld mit dem Sozialgeld verrechnet wird. Die zusätzliche Leistung eines Schulbedarfpakets, welches ebenfalls im Familienleistungsgesetz verankert ist, schafft nur geringe Verbesserungen. Immerhin konnte auf Druck der SPD und der Sozialverbände verhindert werden, dass es die Förderung nur bis zum Abschluss der 10. Klasse gibt.

Wie kann nun die Intransparenz, Bürokratie und soziale Ungerechtigkeit des derzeitigen Systems monetärer Familienförderung aufgelöst werden? Es bedarf dafür nicht nur eines Strukturwandels sondern eines mutigen Systemwechsels in der Familienförderung hin zu einer Grundsicherung für alle Kinder.

□ Für einen Systemwechsel: Unser Modell einer Kindergrundsicherung

» Um Kinderarmut nachhaltig zu überwinden, muss ein Systemwechsel in der Familienförderung vorgenommen werden. Ein Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaften und Wissenschaftler/-innen fordert daher, das Kindergeld zu einer armutsfesten Kindergrundsicherung auszubauen. Alle bisherigen Leistungen würden so in einer Leistung für alle Kinder aufgehen. Neben mehr Transparenz hätte dies auch den Vorteil, dass die bisherigen Widersprüche und Ungereimtheiten zwischen Familienförderung und Steuerpolitik beseitigt würden.

Unser Vorschlag lautet, künftig alle Kinder mit einer Kindergrundsicherung in Höhe von rund 500 Euro monatlich abzusichern. Damit wird der grundlegende Bedarf, den Kinder für ihr Aufwachsen benötigen, aus öffentlichen Mitteln gedeckt. Dieser Betrag ist vom Bundesverfassungsgericht als steuerrechtliches Existenzminimum festgelegt worden. Unser Vorschlag will das sächliche Existenzminimum in Höhe von 322 Euro als unbürokratische Leistung für alle Kinder aus einer Hand zur Verfügung stellen. Darüber hinaus muss der Staat sicherstellen, dass allen Kindern sämtliche Leistungen für Bildung, Betreuung und Erziehung kostenfrei zur Verfügung stehen. Solange dies auf absehbare Zeit nicht gewährleistet ist, muss zusätzlich zum sächlichen Existenzminimum mindestens ein Betrag von 180 Euro bereitgestellt werden.

» Die Kindergrundsicherung soll an alle Eltern bzw. Kinder ausgezahlt werden, unabhängig von ihrem Einkommen und soll zudem vorrangig vor anderen Sozialleistungen sein. Damit werden Kinder aus dem stigmatisierenden Bezug insbesondere von Hartz IV-Leistungen und der verdeckten Armut herausgeholt. Sie wird allerdings je nach Höhe ihres Einkommens der Besteuerung unterworfen. Damit wird sichergestellt, dass Eltern im SGB-II-Bezug und Eltern mit einem niedrigen Erwerbseinkommen die Lei-

stung in vollem Umfang erhalten. Bezieher/-innen von Spitzeneinkommen werden hingegen maximal in Höhe der Wirkung der bisherigen Freibeträge (d.h. aktuell maximal um 240 Euro monatlich) entlastet.

Nach unserer Vorstellung soll die Leistung bis zum 27. Lebensjahr gewährt werden, um den Abschluss einer (höheren) Ausbildung zu gewährleisten. Für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende bedeutet dies, dass die Kindergrundsicherung in die Ausbildungsförderung bzw. in die Erwachsenenbildungsförderung integriert und damit direkt an diese elternunabhängig ausgezahlt werden soll.

Das Konzept der Kindergrundsicherung wird anderen Modellen wie z.B. einem bedingungslosen Grundeinkommen vorgezogen, da diese Leistung zielgerichtet den Kindern zu Gute kommt. Darüber hinaus müssen alle erwerbsfähigen Menschen in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt durch existenzsichere Erwerbsarbeit selbst zu verdienen. Erwerbsarbeit bedeutet außerdem nicht nur Entlohnung, sondern auch Teilhabe an der Gesellschaft und Übernahme von Eigenverantwortung.



Foto: Christian Kiel

□ Für mehr Solidarität: Kosten und Gegenfinanzierung einer Kindergrundsicherung

Dieses Modell einer Kindergrundsicherung würde knapp das Dreifache der heutigen Kindergeldzahlungen kosten. Das bedeutet rund 100 Mrd. Euro pro Jahr brutto. Die realen Zusatzkosten werden durch den Systemwechsel auf etwa 10 Mrd. Euro begrenzt. Durch das Aufgehen der bisherigen Leistungen (Kindergeld, Kinderzuschlag, Sozialgeld, Unterhaltsvorschuss, BAFöG, etc.) in Höhe von 44,5 Mrd. Euro in der Kindergrundsicherung fallen diese Kosten zukünftig weg. Daneben würden rund 30 Mrd. Euro an Kosten durch den Rückfluss aus der Besteuerung gedeckt. Schließlich würde unser Modell den Wegfall des Ehegattensplittings beinhalten, das in der Vergangenheit keine Kinder, sondern Ehen gefördert hat. Dies würde dem Staat rund 18 Mrd. Euro Mehreinnahmen bringen. Die Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Individualsteuer garantiert zudem eine solidarische Mitfinanzierung der Kindergrundsicherung.

Zur Schließung der verbleibenden Finanzierungslücke von etwa 10 Milliarden Euro hat die Politik genügend Möglichkeiten. Aktuell sehen wir beim 50-Milliarden-schweren Konjunkturpaket II, dass die Politik einen Weg findet, wenn der gemeinsame Wille da ist. Drei Millionen arme Kinder haben diesen gemeinsamen Willen verdient!

Uns ist klar, dass der Wechsel vom System vieler intransparenter monetärer Einzelmaßnahmen hin zu einer transparenten Kindergrundsicherung politischen Mut über Parteigrenzen und Legislaturperioden hinweg braucht. Wenn alle politischen Kräfte in Deutschland die Priorität ihrer Entscheidungen auf ein gerechtes und gutes Aufwachsen von Kindern legen, kann ein solcher Systemwechsel aber gelingen! ■

↳ Barbara König ist Geschäftsführerin des Zukunftsforums Familie und lebt und arbeitet in Berlin.

Personen & Positionen

□ **Sammelband „Die Krise der SPD“ erschienen**

Die Autoren des Sammelbandes (u.a. Michael Vester, Heiko Geiling, Wolfgang Schroeder und Horst Peter) meinen, dass die SPD als linke Volkspartei nicht mehr viel Zeit hat, ihre strukturelle Krise zu erkennen und zu bekämpfen. Die nächsten Wahlen stehen vor der Tür. Sie stellen der SPD die zu klärenden Fragen: Ist in Zeiten der Fünfparteienparlamente die Funktion der Volksparteien als „Integrationsmaschinen“ an ihre Grenzen gelangt? Ist die Flucht in die große Koalition die einzige Option, die den Volksparteien bleibt, oder rekonstruieren sich gesellschaftliche Lager, die regierungsfähig sind? War die erfolgreiche Hessenwahl 2008 ein Sonderfall oder war die SPD in ihrer Gesamtheit nur noch nicht reif für einen zukunftsfähigen Weg? Ist eine von der politischen Elite autoritär durchgesetzte Wahlkampfstrategie in der Lage das soziale Kapital der SPD zu mobilisieren oder bedarf es eines demokratisch diskutierten Wahlprogramms, das Forderungen aus der Gesellschaft aufgreift und den öffentlichen Diskurs bestimmt?

Die Autoren zielen auf die Kernfrage des Sozialen Kapitals der SPD, das mobilisiert werden muss, wenn es zu einer Mehrheit des rot-grünen Lagers kommen soll. Auf der Grundlage der Analyse der zunehmenden horizontalen Fraktionierung der Erwerbsklassen, die neben die ökonomische Differenzierung getreten ist, ist die Fokussierung einer Strategie auf soziale Gerechtigkeit allein nicht mehr Erfolg versprechend, da sich auch die politischen Werte ausdifferenzieren. Andrea Ypsilantis Orientierung auf die soziale Moderne als Leitbotschaft, die soziale und ökologische Werte zusammenführte, war der wichtigste Grund für die Mobilisierung im Wahlkampf für die hessische SPD. Die Orientierung der SPD auf eine nicht real existierende neue Mitte ist der Grund des Verlustes am sich differenzierenden aber durchaus erweiternden sozialen Kapital in den Wahlen nach 2003. Die Autoren belegen ihre Thesen in kleinräumigen milieu- und habitus-

bezogenen Wahlanalysen unter Einbeziehung des Mobilisierungsgrads in den Wahlkämpfen. Als Schlussfolgerung aus der Differenzierung des eigenen Sozialen Kapitals setzen sich die Autoren mit der Rolle der Parteiflügel auseinander:

Sie weisen den Flügeln eine wichtige Integrationsfunktion zu, die nicht durch innerparteiliche Machtkämpfe konterkariert werden dürfe und vor allem nicht als Lobby von mächtigen Außeninteressen ihre Integrationsfähigkeit selbst in Frage stelle. Insgesamt kann die SPD an dem Buch nicht vorbeigehen, will sie sich programmatisch und organisatorisch erneuern.

[Horst Peter]

► **Sammelband:** Heiko Geiling (Hg.): Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Münster 2009, LIT Verlag

□ **„Die Gute Gesellschaft“: Andrea Nahles und Jon Cruddas veröffentlichen Papier**

Andrea Nahles stellte am 6. April 2009 gemeinsam mit dem britischen Labour-Abgeordneten Jon Cruddas das Papier „Die Gute Gesellschaft“. Das Projekt der Demokratischen Linken vor. Sie bieten damit zehn Jahre nach der Veröffentlichung des Schröder-Blair-Papiers ein alternatives Projekt an und laden zu einer Debatte über die Vorstellungen von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft nach der Krise ein. Die AutorInnen stellen ein Scheitern der Ideen des britischen „Dritten Wegs“ und der deutschen „Neuen Mitte“ fest und fordern eine Orientierung an den Grundwerten der Sozialdemokratie und eine ökonomische Umstrukturierung. Konkret gehe es u.a. um einen Vorrang der Politik vor den Finanzmärkten, gute und universal zugängliche öffentliche Dienstleistungen, eine fairere Verteilung von Einkommen und Vermögen im Steuersystem sowie die Förderung ökologischer Märkte und erneuerbarer Energie.

► **Die Debatte:** www.goodsociety.eu

□ „Fortschritt. Arbeit. Gerechtigkeit.“ 250 Gäste diskutieren mit der SPD-Linken Forderungen zur Bundestagswahl

Rund 250 Gäste wären der Einladung des Forum DL21 und der Zeitschrift spw zu dem Programmkonvent gefolgt und diskutierten am 28. und 29. März 2009 in Plenumsrunden sowie sechs Foren Eckpunkte für das SPD-Bundestagswahlprogramm. Im Vorfeld hatten der Sprecher der SPD-Linken, Björn Böhning, und sein Stellvertreter, spw-Herausgeber Niels Annen (MdB), ein erstes Positionspapier vorgelegt.

Zum Auftakt rechnete Klaus Wiesehügel, IG BAU-Gewerkschaftsvorsitzender, mit der neoliberalen Epoche der vergangenen Jahre ab. spw-Herausgeberin Andrea Nahles (MdB), stellte als stellv. SPD-Parteivorsitzende Grundzüge für ein sozialdemokratisches Reformprogramm vor. In der anschließenden Podiumsrunde wurde deutlich, dass angesichts der rasanten ökonomischen Krise die Fragen der politischen Gestaltung und der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen werden. In den Foren wurden konkrete Forderungen für den Programmprozess der SPD im Wahljahr 2009 erarbeitet.

In einer Diskussionsrunde am Samstagabend mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, der Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, der Juso-Bundesvorsitzenden Franziska Drohsel sowie den SPD-Spitzenkandidaten für Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, und Saarland, Heiko Maas, zeigten sich neben Übereinstimmungen auch unterschiedliche Einschätzungen über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“.

Nach einem launigen Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, am Sonntagmorgen vertiefte Prof. em. Günther Schmid (Wissenschaftszentrum Berlin) die Über-

legungen der SPD-Linken zum Thema Beschäftigten- und Arbeitsversicherung. Zum Abschluss des Konvents bestätigte die Mitgliederversammlung des Forum DL21 e.V. Björn Böhning und Niels Annen deutlich in ihren Funktionen.

► **Weitere Informationen:** www.forum-dl21.de

□ SPD-Initiative fordert: Eigene Fehler klar benennen und korrigieren

Um Einfluss auf das Bundestagswahlprogramm der SPD zu nehmen, trafen sich rund einhundert SozialdemokratInnen einer flügelübergreifenden Initiative aus Baden-Württemberg am 4. April zum zweiten Mal in Stuttgart. Dabei standen die Themen soziale Gerechtigkeit, Finanzkrise und Bildung im Mittelpunkt der von SPD-MdB Hilde Mattheis und dem Freudenstädter SPD-Kreisvorsitzenden Gerhard Gaiser moderierten Beratungen. Von den Referenten sprach sich v.a. die Wirtschaftspublizistin Friedericke Spiecker u.a. dafür aus, das Geldmonopol an die Zentralbanken zurückzugeben, um so der globalen Finanzspekulation Einhalt gebieten zu können. Zudem, so Spiecker, müssten endlich die Hedge-Fonds abgeschafft werden, um das „weltweite Casino zu schließen“. Angesichts der weitreichenden Krise warnten zahlreiche TeilnehmerInnen vor einem rapiden Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Demokratie. Nur ein starker Staat, der direkt wirkende Maßnahmen ergreife, könne ein Abgleiten großer gesellschaftlicher Gruppen zu radikalen Positionen verhindern. Die Versammelten forderten die Parteispitze auf, Fehler wie Hartz IV klar zu benennen und zu korrigieren.



5 Fragen an ... Georg Brockmeyer

↳ Georg Brockmeyer,
aktuelles Bild

Foto: privat



» Georg Brockmeyer, genannt „Schorsch“, geboren 1975 in Freiburg. Er studierte in Hamburg, Wien und Berlin Geschichte und Neuere Deutsche Literaturwissenschaften und begann bereits mit 15 Jahren, sich politisch zu engagieren. 1993/94 war er Bundesschulsprecher und in den beiden folgenden Jahren Bundesgeschäftsführer der Bundesschülervertretung. Von 1993 bis 1996 gehörte er der BundesschülerInnenkommission der Jusos an und hat deren Diskussionen maßgeblich im Sinne der Juso-Linken geprägt. Im Rahmen seines Studiums hat Georg Deutschland Richtung Wien verlassen und dort seine „Schüli-Karriere“ fortgesetzt: 1998-1999 als Pressesprecher des VSStÖ und dann 1999-2001 als Bundessekretär des VSStÖ. Zurück in Berlin war er 2003 Pressesprecher der Jusos und später auch Mitarbeiter im MdB-Büro von Niels Annen. Es zog ihn aber zurück nach Wien, wo er heute als Kommunikationschef des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds arbeitet. Ehrenamtlich ist er Mitglied eines Sektionsvorstandes, also seines Ortsvereinsvorstandes. Georg lebt in Wien mit seiner Partnerin und fühlt sich immer noch sehr wohl dort.

spw: Welche Diskussionen haben dich am meisten geprägt?

» **Georg Brockmeyer:** Grundlegend für mein politisches Engagement ist sicherlich der antifaschistische Diskurs. Die Frage der Aufarbeitung der Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands ist für mich neben meinem Interesse als Historiker immer auch ein politischer Auftrag gewesen. Die bildungs- und wissenschaftspolitische Debatte hat mein bisheriges politisches Leben ebenfalls stark geprägt.

spw: Du arbeitest bei der Wiener Wirtschaftsförderung. Wie lässt sich das mit deinen Jusoforderungen von früher vereinbaren?

» **Georg Brockmeyer:** Der WWFF ist die Wirtschaftsagentur der Stadt Wien. Bekanntlich von der Sozialdemokratie regiert. Im Grunde ein keynsianisches Instrument der Wirtschaftspolitik. Liberalen Ordnungspolitikern sind solche Institutionen ja ein Dorn im Auge. Doch die Erfolge öffentlicher Wirtschaftspolitik können auch sie nicht klein reden: Kompensation von Marktversagen, Innovationsanschübe, Standortentwicklung etc. Gerade in der Wirtschaftskrise kommt solchen Stellen gehobene Bedeutung zu. Hier ist Investitionskapital in Realwirtschaft vorhanden und die Revenue-Erwartung eine andere als bei private equity.

spw: Die österreichische Sozialdemokratie durchlebt nicht gerade eine Hochphase – wie die deutsche ebenso. Was ist anders oder vielleicht besser dort?

» **Georg Brockmeyer:** Das Organisationsverständnis der SPÖ ist ein eher hierarchisches von oben nach unten. Früher nannten wir so etwas marxistisch-leninistisches Organisationsverständnis. Das macht vieles auch in Krisenzeiten einfacher, übrigens auch in Wahlkämpfen. In Umbruchsituationen ist das eher schwieriger, weil der intellektuelle Diskurs fehlt. Die Organisationskultur ist jedoch weitaus besser aufgestellt. In der aktuellen Wirtschaftskrise fällt es mit der Programmatik der SPÖ auch nicht so schwer, sich zu positionieren. Da ist einfach mehr Polster vorhanden als in der SPD. Wenn auch zur Zeit etwas Mutlosigkeit dominiert.

spw: Du hast früher intensiv SchülerInnenpolitik gemacht. Bildungspolitik wird zur Zeit wieder viel diskutiert. Wo siehst du Fortschritte und Weiterentwicklungen?

» **Georg Brockmeyer:** In Österreich zumindest darin, dass es in Wien ab Herbst den Gratis-kindergarten für alle Vollzeit geben wird. Mit der Gesamtschule wird es wohl leider noch ewig dauern. In Deutschland habe ich auch eher den Eindruck, dass es programmatische Rückschritte gibt. Die integrierte Gesamtschule wird eigentlich nicht mehr debattiert. Zumindest über Ganztagsbetreuung wird verstärkt nachgedacht. In Österreich ein Fortschritt: die Abschaffung der Studiengebühren.

spw: Welche politischen Ziele hast du für dich persönlich noch?

» **Georg Brockmeyer:** Aim high: Die Renaissance der europäischen Sozialdemokratie in einem geeinten europäischen Bundesstaat. Im Kleinen: Die Verteidigung der absoluten Mehrheit im roten Wien. Verbunden damit: Eine kommunale Investitionsbank in öffentlicher Hand.

spw: Georg, vielen Dank für das Gespräch. ■

↳ Das Interview führte Alexandra Kramm.

■ Integrierte Gesamtschule

In der integrierten Gesamtschule gibt es keine Unterscheidung zwischen SchülerInnen mit Haupt-, Real- und Gymnasialempfehlung. Sie werden gemeinsam unterrichtet. Eine der individuellen Leistungsfähigkeit entsprechende Differenzierung findet in einer Reihe von Fächern durch so genannte Förder-, Grund- und Erweiterungskurse statt. Ziel der Integrierten Gesamtschule ist, dass die Schüler das gemeinsame Lernen und den sozialen Umgang miteinander erleben und gleichzeitig auch entsprechend ihrem individuellen Leistungsvermögen unterrichtet und vor allem gefördert werden.

Die integrierte Gesamtschule war die zentrale Forderung der Juso-SchülerInnen in den 90er Jahren. In einigen westdeutschen Bundesländern wurden Gesamtschulen nach diesem Vorbild konzipiert und umgesetzt, aber bis heute gibt es viele Vorurteile dagegen, vor allem was die Förderung begabter SchülerInnen betrifft. Das Konzept der Gemeinschaftsschule, das zurzeit in Berlin erprobt wird, ist eine Weiterentwicklung der integrierten Gesamtschule.

[Alexandra Kramm]